

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2014



**Anmerkungen zur deutschen Einheit**

**Der charmante Rowdy**

**BGH stärkt Rechte von Heimkindern**

**Aktuell**

- 3 Roter Adlerorden für Horst Schüller  
Gespräch mit Sigmar Gabriel  
Herausgabe eingeklagt  
Erinnerung und Vermächtnis

**Recht**

- 4 BGH stärkt Rechte der Heimkinder  
„Scheinrechtsnachfolger“

**International**

- 5 Ein ungewöhnliches Museum  
Wollen die Koreaner die Wiedervereinigung?  
Hohe Selbstmordrate bei Schülern

**Thema**

- 6 Anmerkungen zur deutschen Einheit

**Aufarbeitung**

- 8 Der charmante Rowdy
- 10 Der gute Präsident?

**Berichte**

- 11 Prostitution – ein Thema in der DDR  
Gespräche und Geschichte
- 12 Gedenkfeier 2015 in Tost
- 13 Schlössertour 2014
- 14 „Klagewand“ der Vermißten

**Verbände**

- 15 Ich schweige nicht  
Vergessene DDR-Opfergruppen  
Sonderausstellung Friedliche Revolution  
GULag – Spuren und Zeugnisse  
Suchanzeige
- 16 Abschied von Wolfgang Leonhard  
Leserbriefe

**Service/Bücher**

- 17 Genossen, wir müssen alles wissen!  
Zielvorgabe Todesstrafe  
Die Ewiggestrigen
- 18 Verhängnisvoll verstrickt  
Im Dienste dreier Diktaturen
- 19 Operation Falsche Flagge

**Service/Veranstaltungen**

17–19

**Umschlagbild**

*Demonstration der „vergessenen Opfergruppen“ am 2. August in Berlin vor dem Brandenburger Tor. Rechts auch die Forderung nach Gleichbehandlung der verfolgten Schüler. Die nächste Demonstration findet am 4. Oktober 2014 statt (s. Seite 15).*

Foto: Tom Maelsa

# Als der deutsche Michel aufstand

Von Rainer Wagner

In wenigen Wochen begeht Deutschland den 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution. Der Mut und die Kraft, die damals von der Bevölkerung Mitteldeutschlands aufgebracht wurden, waren enorm und bis heute bewunderungswürdig.

Seit dem 19. Jahrhundert bezeichnet der „deutsche Michel“ sprichwörtlich den verschlafenen Untertan. Geschmückt mit einer Nachtmütze, muckt er kaum auf und läßt sich von den jeweils Herrschenden geduldig leiten. Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts schien Michel diese Einschätzung erneut zu bestätigen. Während unsere polnischen Nachbarn mit der Gewerkschaft Solidarność den Kommunisten bereits mutig widerstanden, während sich in der ČSSR viele Intellektuelle um die Carta 77 zu Wort meldeten, waren es in der damaligen DDR nur wenige. Wenn überhaupt eine Widerstandsbewegung in der DDR zahlenmäßig ins Auge stach, war es der heute oft verachtete Strom derer, die ihre Ausreise aus dem Arbeiter- und Bauern-Paradies betrieben. Michel schlief in Ostdeutschland. Und der satte westdeutsche Michel, vom normalen Bundesbürger bis zur Regierung, prägte die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Für die Mehrheit war die DDR in der Vorstellung weiter entfernt als Italien, Spanien oder die USA. Man richtete sich ein. SPD und SED arbeiteten gemeinsam Strategiepapiere aus. Selbst der stramme Antikommunist Franz Josef Strauß bewahrte die Mangelwirtschaft der DDR durch Milliardenkredite vor dem sicheren Ruin. Makabrer Höhepunkt des Ganzen war der Staatsbesuch Honeckers. Frohlockend präsentierte der oberste Zuchtmeister der DDR die dichterische Meisterleistung: „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“

Mitten in dieser Friedhofsruhe entwickelte sich seit Frühjahr 1989 schließlich wachsender Widerstand. Anfangs im Schutz einiger mutiger Pfarrer, wurde er zu einer Bewegung, die im Oktober 1989 auf den Straßen Plauens, Leipzigs und weiterer Städte, ja dann sogar auf dem Alexanderplatz „Wir sind das Volk“ skandierte. Diese Erhebung, die den Unrechtsstaat DDR ohne Blutvergießen auf die Müllhalde der Geschichte warf, markiert einen der glücklichsten Momente deutscher Geschichte. Michel war aufgewacht.

Nun, ein Vierteljahrhundert nach diesen Ereignissen, schläft er scheinbar wieder. Hin und wieder meldet er sich jedoch, wenn auch noch zaghaft. Seit einigen Monaten z.B. gehen in Berlin, organisiert von der UOKG und vor allem von der Opfergruppe der ehemaligen DDR-Heimkinder, Kameraden und andere Demokraten auf die Straße. Das Unrecht läßt sie nicht schlafen. Sie setzen damit ein Zeichen, daß wir noch da sind. Es ist erfreulich, daß Vertreter unterschiedlicher Opfergruppen aus der UOKG und der VOS mit einer Stimme sprechen. Bis zu 150 Demonstranten haben auf die immer noch bestehenden DDR-Altlasten und die bleibenden Folgen des SED-Unrechts hingewiesen. Das ist wichtig und gut.

Aber meist liegt Michel eben im Bett und schläft. Er hofft, daß „die da oben“ es schon richten. Zur Zeit ist die Bundesregierung dabei, die ehemaligen politischen Häftlinge mit einem Trinkgeld von 50 Euro für das nächste Jahrzehnt ruhig zu stellen. Die bisher nicht entschädigten Opfergruppen oder auch die Lebenspartner verstorbener Häftlinge gehen womöglich leer aus. Die stillschweigende Enteignung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, denen einst zugesagte Rentenanprüche aberkannt wurden, bewegt weder Politik noch Öffentlichkeit, auch nicht die Demütigungen bei der Begutachtung von Gesundheitsschäden der Opfer des SED-Regimes. Kaum eine Straße oder ein Platz ist nach Opfern oder Widerständlern der SBZ/DDR benannt. Dafür gibt es nicht wenige Straßen und Plätze, die die geistigen Brandstifter und Mörder ehren, wie Karl Marx, Lenin oder Pieck. Berlin ist nicht in der Lage, eine Peter-Fechter-Straße oder wenigsten ein Ehrengrab für ihn zu ermöglichen. Fast alle Staaten des früheren Ostblocks haben ein nationales Denkmal für die Opfer des Kommunismus. Deutschland tut sich schwer damit.


Der 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution sollte uns ermutigen, die oft noch kleine, aber mutige Schar von Demonstranten in Berlin zu unterstützen. Huldigungsfeiern brauchen wir zum 25. Jahrestag unserer Revolution nicht. Wir erwarten Gerechtigkeit. Aber dazu muß Michel die Nachtmütze abnehmen und wieder zum mutigen Kämpfer für Freiheit und Demokratie werden.

## Roter Adlerorden für Horst Schüler

(st) Am 4. September 2014 hat Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke in Potsdam Horst Schüler den Verdienstorden des Landes Brandenburg verliehen. Diese, auch als Roter Adlerorden bekannte, höchste Auszeichnung des Bundeslandes wird selten verliehen und ist auf insgesamt 300 Ordensträger begrenzt.

In einer feierlichen Zeremonie sagte der Ministerpräsident u.a.: „Horst Schüler hat sich nie unterkriegen lassen. Immer wieder ist er aufgestanden, um für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Mit seinen Publikationen trug er zur Informations- und Bildungsarbeit bei. Gerade für nachfolgende Generationen ist das von großem Wert.“

Horst Schüler wurde u.a. dafür geehrt, daß er als Zeitzeuge die notwendige Erinnerung an dunkle Kapitel in der Geschichte wachhält.

Der gebürtige Babelsberger war in den 1950er Jahren von einem sowjetischen Militärtribunal wegen Widerstands gegen das System in der DDR zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Mehr als vier Jahre litt er als Zwangsarbeiter in der Strafregion Workuta. Für den heutigen Ehrenvorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG war es immer ein wichtiges Anliegen, daß das Erlebte nicht in Vergessenheit gerät. Herzlichen Glückwunsch! 


## Erinnerung und Vermächtnis

Zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus am 23. August 2014 hat die UOKG erklärt:

Das feierliche Gedenken zum 25. Jahrestag des Falls der Mauer markiert symbolträchtig das Ende der kommunistischen Systeme in der DDR, in Mittel- und Osteuropa. Die Teilung zwischen Ost und West wurde jedoch vor 75 Jahren mit dem Hitler-Stalin-Pakt am 23. August 1939 eingeleitet. Einem Pakt, der wie kein anderer bilateraler Vertrag mehr Opfer forderte und mehr Menschenschicksale beeinflusste.


Aus diesem Grund wurde der 23. August vom Europäischen Parlament 2009 als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus mit großer Mehrheit beschlossen. Unterstützt wurde er u.a. von Václav Havel und dem heutigen Bundespräsidenten Joachim Gauck in der „Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus“.

Das Vermächtnis der Millionen Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges und die Verbrechen der kommunistischen Diktatur gegen das Leben und die Menschenwürde fordern überparteiliches Gedenken. Ein solches überparteiliches Gedenken will keine Opferaufrechnung und keinen Vergleich, sondern gewichtet jedes Leben gleichwertig. Denn jedes Leid wird immer individuell und traumatisch erfahren. Nur von diesem Standpunkt aus kann man vor totalitären Systemen jeglicher ideologischer Ausrichtung warnen und die Demokratie begreifen.

Gerade die Diskreditierung der sibirischen GULag-Gedenkstätte Perm-36 erinnert uns daran, wie das Opfergedenken einer kurzsichtigen und opportunistischen Geschichtspolitik weichen kann, wenn die Aufarbeitung der eigenen unbequemen Vergangenheit ausbleibt. Opfer des stalinistischen Terrors werden zu gewöhnlichen Verbrechen und Vaterlandsverrätern stilisiert. Dieser russischen Geschichtspolitik muß entgegengetreten werden, um das Gedenken und Erinnern an alle Opfer von Diktaturen zu bewahren. 

## Gespräch mit Sigmar Gabriel

(st) Im Juni dieses Jahres hatte das Mitglied des UOKG-Vorstandes Klaus Gronau die Möglichkeit, ein einstündiges Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden und Bundesminister Sigmar Gabriel zu führen. Darauf wandte sich Gabriel in einem Schreiben an Innenminister Thomas de Maizière: „... Herr Gronau hat mich gebeten, mich Ihnen gegenüber für ein Wachhalten der Erinnerung an den 17. Juni 1953 einzusetzen.“

Konkret bittet Herr Gronau darum, daß dieser Nationale Gedenktag des deutschen Volkes in allen Kalendarien gekennzeichnet wird, die öffentliche Stellen des Bundes und der Länder herausgeben. Diese Bitte befürworte ich sehr. Ich würde mich sehr freuen, wenn das Bundesministerium des Innern Herrn Gronaus Bitte im Rahmen seiner Möglichkeiten und Zuständigkeiten nachkommen könnte.“ 


## Herausgabe von DDR-Vermögen eingeklagt

(fn) Deutschland hat die Schweizer Privatbank Julius Bär auf Schadenersatz für verschwundenes DDR-Staatsvermögen in Höhe von 135 Millionen Euro verklagt. Das bestätigte die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Als Treuhänder von Vermögen des DDR-Regimes habe die BvS am 15. August beim Bezirksgericht Zürich Klage gegen die Privatbank eingereicht, teilte die Behörde mit.

Deutschland bemüht sich seit mehr als 20 Jahren, nach dem Fall der Mauer in der Schweiz versteckte DDR-Millionen wiederzubekommen. Damals sollen große Beträge über die in Wien ansässige DDR-Außenhandelsgesellschaft Novum auf Schweizer Konten transferiert worden sein. Die Alleingesellschafterin der Firma war die österreichische Kommunistin Rudolfine Steindling, die gute Beziehungen zu Erich Honecker hatte und lange Treu-

händerin der österreichischen Kommunistischen Partei war.

Später soll Steindling das Geld abgehoben und in Bank-Safes gelagert haben. Wohin es von dort aus verschwand, ist ein Geheimnis, das die 2012 verstorbene Steindling niemals lüftete.

Bereits in den vergangenen Jahren hatte ein ähnlicher Fall für Aufsehen gesorgt. Dem Kreditinstitut Unicreditbank Austria war ebenfalls vorgeworfen worden, an der „Veruntreuung von Geldern von Unternehmen im ehemaligen Ostdeutschland“ beteiligt gewesen zu sein. Ein entsprechendes Gerichtsverfahren war die Folge. Vor knapp anderthalb Jahren verurteilte das Schweizer Bundesgericht die Bank schließlich in letzter Instanz zu einer Zahlung von 254 Millionen Euro an die Bundesrepublik Deutschland. 

### Da lacht der Klassenfeind

„Durch ihre enge Verbundenheit mit der Arbeiterklasse ist auch ihr Privatleben fortschrittlich gestaltet.“

(aus: Konjak, Deutsche Vita und der normale Hahn, BStU 2010)

# Bundesgerichtshof stärkt Rechte der Heimkinder

## Nicht-Pfändbarkeit und Nicht-Anrechnung auf Sozialleistungen von Leistungen des Fonds „Heimerziehung in der DDR“

### Informationen des Fonds Heimerziehung

#### Nicht-Pfändbarkeit

Nach § 851 Abs. 1 Zivilprozessordnung (ZPO) sind Forderungen nur dann pfändbar, wenn sie auch übertragbar sind. Nach § 399 Alt. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) kann eine Forderung dann nicht übertragen werden, wenn die Leistung an einen anderen als den ursprünglich vorgesehenen

**Achtung!** Am 1. Oktober 2014 ist die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen betroffener ehemaliger Heimkinder der DDR bei ihren Anlauf- und Beratungsstellen abgelaufen.

Empfänger nicht ohne Veränderung ihres Inhalts erfolgen könnte. Dies ist bei höchstpersönlichen und bei zweckgebundenen Ansprüchen der Fall.

Die vom Fonds „Heimerziehung in der DDR“ gewährten Sachleistungen werden individuell zwischen der/dem Betroffenen und dem Fonds vereinbart. Sie sind auf spezifische Bedarfe der/des Betroffenen zugeschnitten und demzufolge höchstpersönlich. Zudem dienen die Leistungen der Minderung von Folgeschäden aus der Heimunterbringung und sind demzufolge zweckgebunden. Die Leistungen erfüllen damit die genannten Kriterien für Unpfändbarkeit. In einem mit dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ stark vergleichbaren Fall hat der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 22. Mai 2014 (AZ IX ZB 72/12) die Unpfändbarkeit von Leistungen festgestellt, die zur Befriedigung und zum Ausgleich von Folgeschäden gewährt werden: „Die Entschädigung soll unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit [...]

dem Opfer persönlich zugute kommen. Die zuerkannte materielle Leistung dient allein dem Zweck, in Anerkennung des Leids des Opfers die Folgen seiner Traumatisierung zu mildern und dem Opfer bei der Bewältigung belastender Lebensumstände zu helfen. Die mit der Zahlung beabsichtigte Entlastung kann nur eintreten, wenn die Leistung aus der Sphäre des Schädigers herrührt, es also bei dem ursprünglichen Schuldner und dem ursprünglichen Gläubiger der materiellen Leistung verbleibt. Dies stellt ein besonders schutzwürdiges Interesse des Leistungsschuldners dar.“

**Gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung sowie BGB und ZPO sind die Leistungen des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ somit nicht pfändbar.**

In seiner Entscheidung vom 22. Mai 2014 führt der BGH in Bezug auf Insolvenzverfahren weiter aus, daß Leistungen schon dann nicht Gegenstand der Insolvenzmasse sein können, wenn die Ansprüche darauf erst nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens, also in der Wohlverhaltensphase, entstanden sind. Für Leistungen des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ bedeutet das, daß Leistungen an Betroffene, die sich seit dem 30. Juni 2012 oder früher in der Wohlverhaltensphase befinden, schon aus diesem Grund nicht in die Insolvenzmasse fallen.

#### Nicht-Anrechnung auf Sozialleistungen


Bei der Gewährung von Renten und anderen Sozial- und Transferleistungen sind nach § 11a Abs. 5 Nr. 1 Zweites Buch So-

zialgesetzbuch (SGB II) Zuwendungen, die ein anderer erbringt, ohne hierzu eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit ihre Berücksichtigung für die Leistungsberechtigten grob unbillig wäre. Dies trifft hier zu:


1. Die Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ sind Ergebnis einer politischen Initiative (Runder Tisch Heimerziehung) und werden als eine Art Schadenersatz zur Anerkennung von erlittenem Unrecht erbracht. Es handelt sich um freiwillige Leistungen aus einer privatrechtlichen Stiftung, auf deren Erbringung die Betroffenen keinerlei Rechtsanspruch haben.

2. Die Berücksichtigung als Einkommen würde daneben für die betroffenen Personen eine unbillige Härte darstellen, weil eventuelle Schadenersatzansprüche aufgrund des großen zeitlichen Abstands zu den Ereignissen bereits verjährt sind.

**Eine Anrechnung der Fondsleistungen als Einkommen auf Renten- oder andere Sozial- bzw. Transferleistungen erfolgt daher nicht.**

Aufgrund der besonderen Zweckbestimmung der Fondsleistungen zur Minderung von Folgeschäden aus der Heimunterbringung, die noch weit nach dem eigentlichen Zufluß der Zahlungen greift, ist auch bei der Vermögensprüfung eine besondere Härte im Sinne von § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 SGB II gegeben. Leistungen aus dem Fonds werden bei der Zahlung von Sozial- und Transferleistungen daher auch nicht als Vermögen berücksichtigt. 

Markov erklärte, in einem Gutachten der Enquetekommission seien von den 365 LPG-Nachfolgeunternehmen 39 als „Scheinrechtsnachfolger“ qualifiziert worden. Acht Betriebe seien inzwischen aus dem Register gelöscht. Die übrigen 31 Betriebe bewirtschafteten in Brandenburg über 33 000 Hektar Land.

Die dubiosen LPG-Umwandlungen werden von den Registergerichten in Cottbus, Potsdam, Frankfurt (Oder) und Neuruppin geprüft. Falls eine LPG-Umwandlung als unwirksam angesehen wird, wäre eine Amtsliquidation der jeweiligen Betriebe möglich. 

## „Scheinrechtsnachfolger“

Fast 25 Jahre nach dem Mauerfall befaßt sich die Brandenburger Justiz mit den rechtlich umstrittenen Umwandlungen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR.

Insgesamt überprüfen die Registergerichte derzeit 39 mutmaßlich unrechtmäßige LPG-Umwandlungen, erklärte Justizminister Helmuth Markov (Linke) zu einer parlamentarischen Anfrage der oppositionellen CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag.

Grundlage für die Untersuchung sind Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Potsdamer Landtages zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Das Gremium war zu dem Ergebnis gekommen, daß es bei der Umwandlung von Brandenburgs Landwirtschaft nach der Wiedervereinigung schwere politische Fehler gab. DDR-Agrarbossen hätten dank Seilschaften ihre Macht behalten, die LPG-Strukturen der großbetrieblichen Landwirtschaft seien in den Nachfolgebetrieben quasi fortgesetzt worden.

## Ein ungewöhnliches Museum

Hinter einem unscheinbaren Eingang, der in der wenig frequentierten Brjullow-Straße liegt, verbirgt sich in den Räumen des ehemaligen Gefängnisses ein Museum, das in der Ukraine einmalig ist. Das Museum „Lonzki-Gefängnis“ wurde im Juni 2009 eröffnet. Unter den Gründungsträgern waren neben dem ukrainischen Nachrichtendienst SBU, dem das Gebäude zum damaligen Zeitpunkt gehörte, auch die Stadt Lemberg, das Regionalparlament und das ukrainische Institut für nationales Gedenken. Seit Oktober 2011 gehört das Museum zum Kulturministerium.

Das Gebäude hat eine düstere und traurige Geschichte hinter sich. Das Gefängnis in der ehemaligen Lonzki-Straße (polnisch: ul. Łackiego) wurde als Nebenbau der ehemaligen k. u. k. Gendarmerie nach dem Ersten Weltkrieg in den Jahren 1918–1920 errichtet, zu der Zeit, als Lemberg polnisch wurde. Seitdem wurde das Gebäude das gesamte 20. Jahrhun-

dert hindurch als politisches Gefängnis genutzt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war es die 4. Abteilung der polnischen Staatspolizei, die hier inoffiziell politische Gefangene internierte. Nach dem Ausbruch des Krieges im September 1939 und dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Galizien nach dem Hitler-Stalin-Pakt residierte hier von 1939 bis 1941 die sowjetische politische Geheimpolizei NKWD. In der Zeit der deutschen Besatzung waren das Untersuchungsgefängnis der Gestapo sowie die Einsatzgruppen des SD dort untergebracht. Der Gefängnishof wurde mit Grabplatten des alten jüdischen Friedhofs gepflastert. Seit 1944 wurde das Gebäude wieder vom NKWD sowie seinen Nachfolgeorganisationen MGB und KGB genutzt. Auch nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb das Gebäude in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit der Ukraine ein Gefängnis. Es wurde als Untersuchungsgefängnis des SBU genutzt, erst 1996 erfolgte seine endgültige Schließung.

Die Ausstellung, die sich im Ausbau befindet, ist drei Hauptthemen gewidmet – es sind die Geschichte des Gefängnisses, der Gefängnisalltag und die durch die Sowjets im Juni 1941 begangenen Massenmorde. Zu besichtigen sind mehrere Zellen, unter anderem die Einzelhaftzelle und die Todeszelle, das Büro des „Untersuchungsführers“, der Wasch- und WC-Raum, das Fotolabor sowie zahlreiche persönliche Gegenstände der Gefangenen und Beispiele der sowjetischen Propaganda. Besonders beliebt waren die Stickereien, deren Hauptmotiv Ikonen und Zitate aus Gebeten waren. Die Frauen fertigten Nadeln aus Fischgräten, lösten die einzelnen Farbfäden von ihren Kleidern, um Bilder von der Mutter Gottes, den Heiligen, Engeln oder Kreuze auf den kleinen Stoffetzen, die ihnen bei der Kontrolle nicht weggenommen wurden, zu kreieren. Die tiefe Religiosität half den Gefangenen, die Schrecken ihres Gefängnisalltags zu ertragen.

Juri Durkot

## Wollen die Koreaner die Wiedervereinigung?

Durch die seit über 60 Jahren bestehende totale Trennung durch den 38. Breitengrad ist zwischen den beiden Landesteilen der Halbinsel, besonders durch den drei Jahre andauernden Bürgerkrieg und auch durch das Heranwachsen neuer Generationen, zwangsläufig eine Entfremdung entstanden. Es ist nicht nur der krasse politische Gegensatz zwischen der stalinistisch-kommunistischen Demokratischen Volksrepublik Korea und der asiatischen Demokratie der Republik Korea im Südteil. Einen weiteren Unterschied von gravierendem Ausmaß stellt die wirtschaftliche Lage dar. Der Norden ist gekennzeichnet durch eine fast permanent unterernährte Bevölkerung, die lediglich ganze fünf Prozent der Leistung des Südens erwirtschaftet.

Bei einem Zusammenschluß wären die Kosten jener Wiedervereinigung zum

Aufbau Nord-Koreas ungeheuer hoch, man schätzt sie allein für die ersten Jahre auf 55 bis 249 Trillionen Won (1000 Won entsprechen einem Wert von 0,70 Euro). Seoul selbst könnte diese Summe unmöglich aufbringen. Das Interesse der Süd-Koreaner an ihrer Wiedervereinigung hat entsprechend nachgelassen. Ein wichtiger Faktor dabei ist das Wissen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit, die schon sehr viel Geld benötigte, aber wohl nur einen Bruchteil dessen kostete, was in Korea zu erwarten wäre. Hatten vor knapp 20 Jahren noch 58 Prozent sie als unentbehrliches nationales Ziel erachtet, so sind es inzwischen ganze zwölf Prozent. Hielten damals lediglich 18 Prozent die Wiederherstellung der Einheit für „nicht notwendig“, so erhöhte sich ihre Zahl mittlerweile auf 45 Prozent.


Neue Umfragen haben ergeben, daß 45,8 Prozent der südkoreanischen Bevölkerung eine Wiedervereinigung unterstützen würden, aber 44 Prozent von ihnen wollen sich nicht an deren Kosten beteiligen. Andererseits sind 31,9 Prozent willens, jährlich bis zu 50.000 Won (also 35 Euro) zu zahlen. Annähernd zwölf Prozent wollen Jahre hindurch bis zu 100.000 Won zahlen, Und 1,3 Prozent sind bereit, Jahr für Jahr eine Million Won zu opfern.

Im freien Teil Deutschlands hielt noch Anfang 1989 nicht einmal ein Prozent der Westdeutschen die Wiedervereinigung für das primäre Ziel Bonner Politik, nur elf Monate später fiel die Berliner Mauer und die Einheit kam.

Friedrich-Wilhelm Schломann

## China: Hohe Selbstmordrate bei Schülern

(FWS) Wie die staatlich gelenkte Pekingener Zeitung „China Daily“ Mitte Mai dieses Jahres einräumen mußte, begehen nach dem neuesten Jahresbericht über das Erziehungssystem der Volksrepublik alljährlich

500 Kinder der Grund- und Mittelschule Selbstmord. Die häufigsten Ursachen sind danach Streitigkeiten mit den Lehrern und besonders „der schwere Druck des auf Tests orientierten Erziehungssystems“. 

### Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

# Anmerkungen zur Deutschen Einheit

Von Bernd Lippmann

Wie kann man erklären oder zumindest plausibel machen, daß das SED-Regime sang- und klanglos in die Knie ging und – zumindest als staatsähnliches Gebilde – in der geschichtlichen Versenkung verschwand? Wie konnte es sein, daß sie die Waffen streckten? Wie ist es erklärbar, daß im Westen ziemlich öffentlich verbreitet wurde, man habe vor 1989

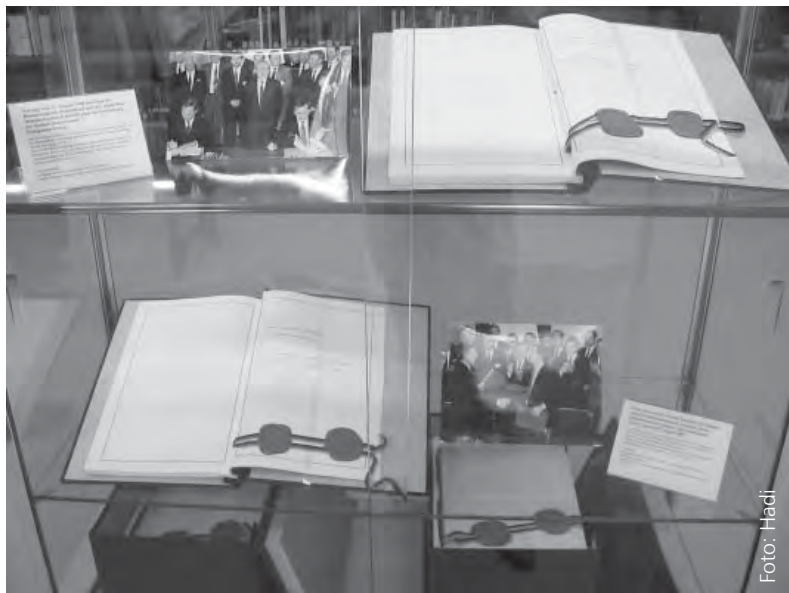
der anderen – diese einzigartige Konstellation war maßgeblich für die internationale Einbettung der Prozesse, die zur Auflösung der Sowjetunion führten. Der Versuch, mit der amerikanischen Rüstung mitzuhalten, besonders die Fehleinschätzung in Sachen SDI, bedeutete für die UdSSR den Anfang vom Ende. In der Endphase spielte auch der Freiheitswille

der unterdrückten Völker wieder eine aktive Rolle. Vor allem ist an die freiheitsliebenden Polen um die Gewerkschaft zu erinnern. Sie wurde unter dem Begriff „Solidarność“ bekannt. In der DDR kam noch spezifisch die Attraktivität der Bundesrepublik hinzu. Diese war für viele „der Westen, der leuchtet“, auch materiell.

Doch warum wich der gefürchtete Sicherheitsapparat eigentlich gegenüber den Demonstranten so auffällig zurück? Solche Frage muß primär politisch beantwortet werden. Es ist offenkundig, daß auf oberster politischer Ebene, etwa zwischen Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Gorbatschow, die Auflösung des SED-Apparates unter Hilfestellung westlicher Behörden vereinbart wurde. Westliche Polizei zum Beispiel schützte potentiell wie aktuell ehemalige SED-Funktionäre vor haßerfülltem Mob. Wie gesagt: Das befürchtete Blutbad blieb aus.

3. Daß die SED in fast jeder Beziehung ohne wesentliche Schrammen aus dem Auflösungsprozeß der DDR und dem Einheitsprozeß hervorging, erfordert mehrdimensionale Begründungen. Doch zunächst ein prägnantes (und auch typisches) Beispiel: Ein ehemaliger politischer Häftling beantragt Entschädigungsleistung durch den Staat. Hinter dem Schalter sitzt der ehemalige SED-Funktionär, dessen Kollegen der ehemalige Häftling dereinst seine mißliche Lage verdankte. Ein Gefühl der grundlegenden Ungerechtigkeit wird artikuliert.

Eine Begründung dafür ist zum einen die oben erwähnte Vereinbarung auf



Beide Exemplare des Einigungsvertrages im Archiv des auswärtigen Amtes in Berlin.

die Wirtschaftsbilanzen der DDR nicht gekannt? Schließlich war sogar davon die Rede, daß der SED-Staat zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt gehöre. Man könnte gleichsam seitenweise solche Fragen formulieren, Fragen, die interessant, wichtig und noch nicht beantwortet sind.

Gibt es zum Beispiel auch eine Erklärung dafür, daß Menschen aus der DDR, die man dem Widerstand gegen das Regime zuordnen kann, kaum eine Rolle in den Leitungspositionen des vereinten Deutschlands spielten? In Tschechien (Havel), in Polen (Walesa) war dies ganz anders. Eine kleine Ausnahme mag Roland Jahn sein. In Deutschland haben noch nicht einmal solche Leute eine Rolle gespielt, die die DDR nur verbessern wollten und deswegen von der SED drangsaliert wurden.

Im folgenden ein paar vorläufige Erklärungsversuche zu einigen dieser Fragen:

1. Die weltpolitische Lage: polnischer Papst plus Ronald Reagan auf der einen Seite, Andropow plus Gorbatschow auf

der anderen – diese einzigartige Konstellation war maßgeblich für die internationale Einbettung der Prozesse, die zur Auflösung der Sowjetunion führten. Der Versuch, mit der amerikanischen Rüstung mitzuhalten, besonders die Fehleinschätzung in Sachen SDI, bedeutete für die UdSSR den Anfang vom Ende. In der Endphase spielte auch der Freiheitswille der unterdrückten Völker wieder eine aktive Rolle. Vor allem ist an die freiheitsliebenden Polen um die Gewerkschaft zu erinnern. Sie wurde unter dem Begriff „Solidarność“ bekannt. In der DDR kam noch spezifisch die Attraktivität der Bundesrepublik hinzu. Diese war für viele „der Westen, der leuchtet“, auch materiell.

2. Daß die Waffenträger der SED ihre Pistolen und Kalaschnikows hinlegten, ist weniger erstaunlich als vielfach angenommen. Im Gegensatz zu ihrem allseits in die Welt trompeteten „revolutionären“ Pathos zeigten sie, als es ernst wurde, etwas, was sie eigentlich ihren potentiellen und tatsächlichen Feinden unterstellt hatten: allgemeinen moralischen Verfall. Vergessen zum Beispiel der Appell Margot Honeckers 1988 auf dem Jugendparlament, die Republik jederzeit mit der Waffe in der Hand zu verteidigen (Worte derselben Frau, die heute, wenn auch zähneknirschend, von der Rente der verhassten Bundesrepublik zehrt).

Dazu kommt eine Besonderheit: Unter den Waffenträgern der SED befanden sich zahlreiche psychisch auffällige Personen, wie man etwa den Personalakten der Stasi-Funktionäre entnehmen kann. Alkoholmißbrauch vor allem schränkte die Berechenbarkeit dieser Leute für die SED-Führung durchaus ein. Auch wenn Honecker oder Krenz oder Mielke oder Engelhardt den Befehl zur Entwaffnung gaben, mußten sie damit rechnen, daß dieserart „Ent-Rüstung“ signifikant häu-

politischer Ebene. Auch die milden Urteile sind der Tatsache geschuldet, daß die DDR nach dem Niedergang der SED juristisch wie eine Art anderer Staat behandelt wurde, fast wie Ausland. Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorgang einer theoretisch orientierten Analyse bedarf. Leider ist bisher noch kein politischer und juristischer Denker dieser Fährte nachgegangen. Der von den SED-Leuten erhobene Vorwurf einer Rachejustiz ist völliger Unsinn. Im Gegenteil leiden viele der von der SED schikanierten Menschen darunter, daß den Tätern strafrechtlich kaum beizukommen war.

4. Auch die Frage, warum die als „Täter“ bezeichneten und verstandenen Personen heute so häufig gutdotierte Posten und einflußreiche Positionen bekleiden können, ist nicht in einem Satz zu beantworten. Zunächst einmal ist klar, daß SED-Funktionäre keineswegs immer die Dümmeren der Gesellschaft waren. Viele von ihnen stiegen in der kommunistischen Hierarchie auf, weil sie Fähigkeiten und Eigenarten besaßen, die auch im Westen karrierefördernd sind. Ich denke an das Zusammenspiel von Intelligenz, Skrupellosigkeit und Pragmatismus. Viele von ihnen besaßen eine erhebliche kommunalpolitische Kompetenz. Und diese Kompetenz hatten andere eben nicht, was die Positionen heute verständlich macht. Und es gibt sogar ehemalige Vernehmer des Staatssicherheitsdienstes, die mit ihrer psychologischen Kompetenz in der Berliner Morgenpost (eine Zeitung des West-Berliner Springer-Konzerns) warben. Schließlich hatten sie erhebliche Menschenkenntnis, auch wenn sie selbst durchaus ziemlich einfältig sein konnten. Und große Firmen suchten so etwas! Vor allem, wenn noch Verbindungen nach Osteuropa, speziell Rußland, genutzt werden konnten. Das Extrem dürfte wohl der Einbezug ehemaliger technischer Spezialisten der Stasi sein, die heute in hohem Sicherheitsbereich arbeiten. Sogenannte An-Firmen machten das möglich. Schließlich gab es bei der Stasi nicht nur menschenverachtende stumpfsinnige Dummköpfe. In der Abteilung XI zum Beispiel befanden sich einige der besten Mathematiker der DDR. Und was ist mit den anderen, den Widerständigen? Warum haben sie nicht die Leitungspositionen im östlichen Teil des vereinten Deutschlands übernommen? Einige Komponenten der Erklärung dafür sind schon erwähnt worden. Darüber hinaus muß festgestellt werden, daß viele der Besten durch Flucht oder Freikauf die DDR verließen und nach 1989 nicht zu-

rückgegangen sind. Und nur wenige davon stellten sich dem Einheitsprozeß zur Verfügung. Ich will hier ein prägnantes Beispiel nennen: Im Zuchthaus Cottbus waren sehr viele Ärzte eingekerkert. Viele schworen, sich im Westen in den Kampf gegen den Kommunismus einzubringen. Nur ganz wenige haben Wort gehalten, zum Beispiel Dr. Wulf Rothenbacher. In den meisten Fällen war die politische Verpflichtung als zweitrangig angesehen worden gegenüber der Karriere, gegenüber den Weltreisen, gegenüber was auch immer. Natürlich tangiert diese Einschätzung den Begriffsinhalt des politischen Häftlings der DDR. Hier ist ebenfalls eine wissenschaftliche Analyse nötig.

Es kommt noch etwas hinzu: Viele Menschen, darunter auch akademisch Gebildete, haben schon lange vorher ihren ideologischen Frieden mit den SED-Kommunisten gemacht. Denen sie kurioserweise höchstens vorwarfen, gar keine richtigen Kommunisten zu sein. Das Konstrukt namens „der Kommunismus“ erfuhr mehr Zustimmung als diskussionswürdige gesellschaftspolitische Position denn Ablehnung als dummes Zeug, weil es keiner Realität entsprach. Die vielfach verbreitete Ablehnung US-amerikanischer und israelischer Politik machte in den Köpfen Platz für die Propaganda der moderaten, eher pragmatischen Flügel der SED. Die Stasi blieb außen vor, aber ansonsten stellte man nach 1989 eine erheblich große ideologische Schnittmenge fest. Die Anhänger der kommunistischen Idee gab es darüber hinaus in Ost und West. So fiel dieser Aspekt des Einheitsprozesses für große Teile der SED und viele Menschen im Westen aus wohl allen Parteien auf sehr fruchtbaren Boden.

Und die Widerständigen, die in der DDR verblieben, auch nach erlittener Haft?

5. Häufig hatten sie in formaler Hinsicht nicht die Qualifikation, um gegen ehemalige SED-Leute im Konkurrenzfall


bestehen zu können. Pfarrer konnten gute Politiker sein, aber nur im Ausnahmefall gute Landräte. Ehemalige politische Häftlinge scheinen sich in erster Linie für Entschädigungszahlungen zu interessieren, nicht für politische Situationen. Irgendwie dürfte es kein Zufall sein, daß Forschungsprojekte zur Arbeit des MfS gegen Häftlingsorganisationen im wesentlichen ins Leere gingen. Auch gibt es nur ganz wenige ehemalige politische Häftlinge, die das Angebot der Stasi-Unterlagenbehörde zu forschen nutzen. Dies korrespondiert mit der Tatsache, daß kaum ein Lehrer für Politikwissenschaft in diesem Bereich aktiv ist. Böse Zungen sagen: Von denen hat man es auch nicht anders erwartet. Ein nur schwacher Trost für die ehemaligen Häftlinge ist diese Relation.

6. Ein Fazit: Die ehemaligen politischen Häftlinge haben allen Grund, etwas zurückhaltender zu sein, wenn es um Kritik an der Regierung in Sachen ihrer Bewertung geht. Hinzu kommt: Die Amoralität, auch Pragmatismus genannt, ist die Realität. Die Amoralität des Kommunismus und die Amoralität der kapitalistischen Strukturen sind weniger voneinander unterschieden als allgemein diskutiert wird. Geld regiert die Welt, und die Kommunisten haben dies besser erkannt als ihre



Hauptfeierlichkeiten zur deutschen Wiedervereinigung vor dem Reichstagsgebäude.

Gegner. Und, was noch wichtiger ist: kommende Generationen werden diese Einschätzung eher bestärken als widerlegen. Der unmoralische Pragmatismus steht jeden Tag vor den Schultüren.

Wir sollten den Spieß umdrehen: Es ist gut so, wie es ist. Wir sind selber daran beteiligt, daß es nicht anders ist. 

## Der charmante Rowdy

Warum der „bekannteste Jugendliche aus Friedrichshain“ vom SED-Regime für neun Jahre eingesperrt wurde

Von Stefan Appelius

Das Automatenrestaurant am Berliner Alexanderplatz hatte schon bessere Tage erlebt. Im Frühjahr 1970 traf sich hier regelmäßig eine Gruppe Jugendlicher (BStU MfS AKK 5389/80). Langhaarige junge Männer, mit Jeans und Parka, die am liebsten Rockmusik hörten. Und die sich so gut von der Außenwelt abschotteten, daß die Staatsorgane in der DDR „Anzeichen von Konspiration“ zu erkennen glaubten. Es waren Jugendliche, die man damals auf beiden Seiten der Mauer abschätzig als Gammler bezeichnete. Während man sich in der Bundesrepublik allmählich an den Anblick langhaariger junger Männer zu



Heinz Baumgarten, „der Charmeur“.

gewöhnen begann, galten Gammler in der DDR als „Träger westlicher Dekadenz“ (BStU MfS AIM 4178/71, Bl. 11) und Bedrohung für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Einer ihrer Wortführer war der damals 22jährige Heinz Baumgarten. Ein durchtrainierter Muskelprotz, den seine Freunde nur als den „Charmeur“ kannten. Daß ihn die Volkspolizei auf dem

Kieker hatte, wußte Baumgarten. Daß man ihn für einen „der bekanntesten Jugendlichen aus Friedrichshain“ (BStU MfS AIM 4178/71, Bl. 11) hielt, den man schon wegen seines „dekadenten Aussehens“ schleunigst aus dem Verkehr ziehen wollte, ahnte er allerdings nicht.

Im Frühjahr 1971 wurde Heinz Baumgarten in einem viel beachteten Schauprozess vom Stadtgericht Berlin-Mitte wegen Rowdytums, asozialen Verhaltens und verbrecherischen Diebstahls zu neun Jahren Gefängnis verurteilt (BStU MfS HA IX Nr. 17970). Noch heute wartet Baumgarten darauf, zumindest teilweise für das Unrecht, das ihm damals widerfuhr, rehabilitiert zu werden.

Nach Ansicht dieser Jugendlichen war „im Osten alles Scheiße“, neben den Versor-

gungsproblemen ärgerten sie sich vor allem über die „ständige Annölerie“ wegen ihrer langen Haare. Es fühle sich an, als würde man in einem großen Gefängnis leben. Wer könne es ihnen denn da verübeln, „auch mal streiken“ zu wollen? (BStU MfS BV FFO AU 1018/71 Bd. 1, Bl. 189) Sie störte die offensichtliche Bevorzugung von SED-Mitgliedern, die „einen Haufen Geld verdienen“, während ihre eigenen Gehälter viel zu niedrig seien. Besonders verhaßt aber waren den rebellierenden Jugendlichen Volkspolizisten und deren mit Armbinden ausgerüstete freiwillige Helfer. Es seien die Leute, die ihnen all das verboten, was Jugendlichen auf der anderen Seite der Mauer erlaubt werde (BStU MfS BV FFO AU 1018/71 Bd. 1, Bl. 148).

Kam es zu Begegnungen zwischen den langhaarigen Jugendlichen mit den uniformierten Sicherheitskräften, lagen Konflikte in der Luft – wie am 31. Januar 1971 in der Kleinstadt Altlandsberg, nordöstlich von Berlin. An jenem Sonntag kam es spät am Abend nach einer Jugend-Tanzveranstaltung zu Übergriffen gegen Volkspolizisten. Direkt gegenüber einer Bushaltestelle, in der etwa einhundert Jugendliche auf ihre Rückfahrt in Richtung Hoppegarten warteten, parkte an jenem Abend ein olivgrüner Bereitschaftswagen B 1000 der Volkspolizei.

Das mußte eine Provokation sein.

Es dauerte nur Minuten, und der Wagen war von grölenden, angetrunkenen Jugendlichen in Niethosen und Parka umkreist. Fast alle bärtig und langhaarig. Rufe wurden laut, die sich nach Umsturz anhörten: „Wir wollen keinen Sozialismus!“, „Die DDR muß in die Luft gesprengt werden!“ und immer wieder: „Ihr Specker!“ (BStU MfS BV FFO AU 1018/71 Bd. 1, Bl. 23) Daß die beiden Vopos an diesem Abend mit heiler Haut davon kamen, grenzt rückblickend an ein Wunder. Denn während ein von ihnen herbeigerufener Funkwagen mit Blaulicht und Sirene aus Strausberg heranraste, flogen zahllose Pflastersteine durch die Luft. Inzwischen waren beide Volkspolizisten aus ihrem demolierten Barkas ausgestiegen. Sie versuchten, einzelne Jugendliche zu entwaffnen. Was gründlich mißlang. Von der tobenden Menge als „Schweine“

und „Nazis“ beschimpft, hätte nicht viel gefehlt, und die beiden Ordnungshüter wären von den Jugendlichen an jenem Abend gelyncht worden.

Zu diesem Zeitpunkt saß Heinz Baumgarten bereits hinter Gittern. Er hatte es den „Schnüffler[n] und Knüppelbrüder[n]“ (BStU MfS BV FFO AU 1018/71 Bd. 1, Bl. 148) schon oft gezeigt. Selbst im Knast durfte ihm keiner von diesen Leuten krumm kommen. Ganz egal, welche Strafe er sich damit zusätzlich einhandelte. Monatelang hatte eine Operativgruppe der Volkspolizei Berlin-Friedrichshain gegen den „Charmeur“ und seine Freunde ermittelt. Baumgartens Akte erzählt von einer schwierigen Jugend. Als er noch ein kleiner Junge war, hatten sich seine Eltern getrennt und waren beide in den Westen abgehauen. Das war schon in den 1950er Jahren, lange vor dem Mauerbau (BStU MfS AIM 4178/71). Heinz wuchs bei seiner Oma auf. Mit vierzehn hat ihn die Vopo am Flughafen Schönefeld geschnappt. Er glaubte, am anderen Ende der Rollbahn wäre der Westen. Als die staatlichen Organe davon erfuhren, schaffte man den Halbwüchsigen für zwei Jahre ins Spezialkinderheim. Es war eine schwere Zeit. Danach kam er wieder bei seiner Oma unter, lernte Maler. Und Judo. Und ließ sich fortan nichts mehr gefallen.

Als ihn ein Bauarbeiter in der Nähe des Automatenrestaurants wegen seiner langen Haare und seiner Kleidung beleidigte, schlug ihn der Charmeur zusammen. Ein paar Wochen zuvor, im Herbst 1970, war er mit seinen Kumpels in Schwante bei Potsdam nach einer Tanzveranstaltung in eine Schlägerei verwickelt, die einen Großeinsatz der Volkspolizei auslöste. Auf der Jagd nach den Jugendlichen wurde sogar die nahe gelegene Transitstrecke gesperrt. Doch der Charmeur entwischte den ostdeutschen Sicherheitskräften ein ums andere Mal.

Darauf, daß er eines Tages in Golm einem jungen Mädchen den Schlüpfersack auszog und ihr zur Gaudi seiner Kumpels den nackten Hintern versohlte, ist er nicht stolz. Damals haben seine Kumpels und er so ziemlich alles geklaut, was nicht



Heinz Baumgarten (l.) mit West-Parka und Jeans 1969 in Leipzig. Sein Kumpel „Gatschi“ gehörte ebenfalls zu den „Oranienburgern“.

niet- und nagelfest war. Ob Pelzmantel, Herrenanorak, Oberhemd, Damenstiefel, Regenschirm, Bluse, Pullover, Kofferradio, Stehlampe, Eierlikör, Kugelschreiber oder Strickhemd – sie schleppten es ins „Metzer Eck“ auf den Prenzlauer Berg, um es weiter zu verkaufen.

Im Herbst 1970 stand Heinz Baumgarten kurz vor seiner Festnahme. Da erhielt er eines Tages überraschend Besuch von einem Herrn, der sich mit einem kleinen Ausweiskärtchen als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit zu erkennen gab. Der gab sich als guter Freund. Fragte ihn, ob er wisse, daß ihm die Ausweisung aus der Hauptstadt der DDR drohe. Baumgarten war entsetzt. Ein Aufenthaltssperre für Berlin? Doch sein Besucher beruhigte ihn sofort. Das könne man sicherlich verhindern... Baumgarten müsse nur mit ihnen zusammen arbeiten. Mehr sei gar nicht nötig. Heinz Baumgarten gab sich interessiert. Schließlich einigten sich die beiden Männer darauf, in ein paar Tagen in einer Kneipe in Friedrichshain weiter zu sprechen.

Dieses Wiedersehen kam tatsächlich zustande. Der Stasi-Leutnant war nicht allein. Zu seiner Absicherung hatte er einen Hauptmann mitgebracht, der an einem

der Nachbarische lauschte. Doch auch Heinz Baumgarten war nicht untätig gewesen. Mit diesen Leuten wollte er nichts zu tun haben – aber vielleicht ließ sich ja etwas aus der Situation machen. Und so verfolgte sein Kumpel „Hotta“ das Gespräch von einem anderen Nachbarische aus, ohne daß die Stasi etwas davon ahnte.

Es dauerte ein paar Wochen, bis der Betrug heraus kam. Und Heinz Baumgarten verhaftet wurde. Er ahnte nicht, was auf ihn zukam. Über den „Rowdy-Prozeß“ gegen „die Oranienburger“ – wie die

Stasi ihn und seine Kumpels nannte – berichteten die „Berliner Zeitung“ und sogar das Zentralorgan der SED. Die Bürgermeisterin der Gemeinde Golm, Frau Schwarz, forderte das Gericht als „gesellschaftliche Anklägerin“ auf, eine „unbedingte harte Strafe“ auszusprechen. Noch deutlicher wurde Staatsanwalt Max Reinsdorf: Das Gericht habe es mit „Schmarotzern“ zu tun, die die sozialistische Gesellschaftsordnung „bewußt ablehnen“, erklärte der amtliche Ankläger. Baumgarten und seine Freunde seien das Produkt der ideologischen Diversion des Gegners und müßten streng bestraft werden. Worum sich die berüchtigte Oberrichterin Gerda Klabuhn nicht lange bitten ließ. Sie verurteilte Baumgarten zu neun Jahren Gefängnis. Als man Heinz Baumgarten Ende Februar 1980 aus dem Gefängnis entließ, war längst klar, daß er nach West-Berlin wollte. Und da lebt er noch heute, gar nicht weit vom früheren Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße.

Heinz Baumgarten hat sich entwickelt. Nichts erinnert an frühere Zeiten. Er habe sich mit seinen Kumpels damals gegen den SED-Staat aufgelehnt, weil ihnen die Verhältnisse in der DDR zu eng waren, sagt er. Und wenn er sich

proviziert fühlte, schlug er eben zu. Die meisten von ihnen hätten lieber im Westen gelebt. Das habe aber nichts mit Politik zu tun gehabt, meint er. Vieles, was damals auf ihre Kappe ging, würde er gerne ungeschehen machen. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, hätte es die friedliche Revolution schon früher gegeben. Aber Diebstähle und Gewaltdelikte dürfen nicht unbestraft bleiben, meint er im Rückblick.

Die ausführliche Prozeß-Berichterstattung im „Neuen Deutschland“, die Ablehnung der Revision durch das Oberste Gericht der DDR, der Umstand, daß man Baumgarten wie einen Schwerstkriminellen bei der großen Staatsrats-Amnestie im Herbst 1972 außen vor ließ, und schließlich, daß man ihn während der Haft ständig durch Mithäftlinge bespitzeln ließ – all das



Fotos: Archiv Stefan Appellius

Heinz Baumgarten 2014: „Wenn die in der DDR die Leute nicht so eingengt hätten, dann wäre alles vielleicht ganz anders gekommen.“

spricht eine klare Sprache. Wo sich der DDR die Möglichkeit bot, einen politischen Gegner zu kriminalisieren, wurde nur zu gerne davon Gebrauch gemacht. Trotzdem hat Heinz Baumgarten mehr über den Untergang der DDR zu erzählen, als manch früherer Pfarrer, der seit dem Mauerfall als Widerständler gilt.

(Prof. Dr. Stefan Appellius  
ist Politikwissenschaftler und  
Hochschullehrer.)

## Gedenkfeier

Für das Grenzopfer Hans-Georg Lemme wird am 3. Oktober 2014 in Lütkenwisch, nahe Lenzen a.d. Elbe, eine Gedenktafel eingeweiht.

Beginn: 14.00 Uhr

Mit Workshop, Zeitzeugenpodium, Film u. a.

## Der gute Präsident?

Zu den besonders erschütternden Dokumenten im Deutschen Rundfunkarchiv gehört der Mitschnitt des Prozesses gegen Elli Barczatis, als sie laut aufschreiend von ihrem Todesurteil durch das Oberste Gericht der DDR erfährt. Sie ist 43 Jahre alt, als sie am 23.11.1955 durch das Fallbeil in Dresden hingerichtet wird. Fast auf den Tag genau 51 Jahre später, am 28. November 2006 wird sie vom Landgericht

Berlin strafrechtlich rehabilitiert. Es war ein Terrorurteil der SED-Justiz, und mitschuldig an diesem Justizmord war ein Mann, der bis heute noch immer bei vielen Menschen merkwürdig positiv in der Erinnerung geblieben ist: Wilhelm Pieck. Ihm wurden mehrfach Begnadigungsgesuche von zum Tode verurteilten Menschen vorgelegt, auch von politischen Häftlingen, denen er nicht entsprach.

Neben Elli Barczatis lehnte er unter anderem die Anträge von Ernst Jennrich, Werner Hoffmann, Sylvester Murnau und anderen ab. Wilhelm Pieck war führender KPD-Funktionär, der sich bei innerparteilichen Auseinandersetzungen rechtzeitig auf den stalinistischen Flügel schlug. In Moskau überlebte er als einer der wenigen KPD-Politbüromitglieder die Terrorprozesse und war nach 1945 in Deutschland bei der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED aktiv. Mit sowjetischer Hilfe und führenden Funktionären wie Ulbricht, Grotewohl, Mielke und Honecker formte er die SED zur stalinischen Kaderpartei. 1949 wurde er ohne Wahlen Präsident der DDR. Auf einem der im Schloß Schönhausen, seinem Amtssitz, erhaltenen Fotos verbeugt sich 1950 Erich Mielke vor ihm, bei der Übergabe seiner Ernennungsurkunde als

Staatssekretär im neu gegründeten Ministerium für Staatssicherheit.

Damit wird wieder deutlich, wer in diesem Staat die Macht hatte, die SED, und die Geheimpolizei war ihr ausführendes Organ. Erbarmungslos ließ die Partei auch die Chefsekretärin von Ministerpräsident Grotewohl, Elli Barczatis, hinrichten, als das MfS sie der Spionage bezichtigte. Pieck war einer der Hauptverantwortlichen für die Verschärfung der Situation an der innerdeutschen Grenze, die Zwangsaussiedlungen, den Terror gegen die Menschen nach dem Volksaufstand des 17. Juni 1953. Unzählige Menschen wurden inhaftiert, weil sie oppositionell waren oder einfach nur Witze über SED und Pieck erzählten.

Die SED-Propaganda stilisierte den immer seniler werdenden Präsidenten zum „gütigen Landesvater“. Dies verfehlte seine Wirkung nicht, weil in den Archiven unzählige Bittbriefe an ihn lagern, in denen Beschwerden über die Probleme von DDR-Bewohnern geschildert werden. Nach dem Motto „Wenn das der Präsident wüßte“ glaubten viele der naiven Petenten vermutlich, der gute Pieck würde den bösen Ulbricht zur Ordnung rufen. Wahrscheinlich war Pieck in den letzten Jahren vor seinem Tod, er starb 1960, nicht mehr in der Lage, sein Amt wirklich auszuüben, ein geheim gedrehter Film, der in der DDR nicht veröffentlicht werden durfte, zeigt ihn als läppisch grinsenden Greis. Nach seinem Tod wurde er weitgehend vergessen, weil Ulbricht seine eigene Biographie aufbesserte und als KPD-Führer neben Thälmann in die Geschichtsbücher eingehen wollte. Doch nach Ulbrichts

Sturz durch Honecker holte dieser Pieck wieder aus der Versenkung und ließ ihm in der „Wilhelm-Pieck-Stadt Guben“, wie sie zwischen 1961 und 1990 hieß, 1976 ein Beton-Denkmal bauen. Nun rottet es in Guben vor sich hin und hat eigentlich den Verfall auch verdient, denn positive Erinnerungen sind mit der SED-Diktatur und ihrem Präsidenten bei den Verfolgten nicht vorhanden.

Aber in der „Volksrepublik Brandenburg“ scheinen die historischen Uhren anders zu gehen, denn seit 2012 gibt es ein Gutachten zur Sanierung dieses Pieck-Denkmal, in dem 100 000 Euro veranschlagt werden. Inzwischen sind 40 000 Euro von der Potsdamer Landesregierung, an der die SED-Linke als Koalitionspartner der SPD beteiligt ist, sowie der Stadt bzw. dem Landkreis zugesagt. Während in Brandenburg viele Schüler kaum über Kenntnisse der neueren Geschichte verfügen, weil die Mittel für politische Bildung knapp sind, wird hier mit Steuermitteln einem Haupttäter der SED-Diktatur eine Frischzellenkur spendiert. Natürlich ist es auch die SED-Linke, die Pieck positiv darstellt, weil sie damit ihre eigene Geschichte schönen kann.

Wenn dieses Denkmal wirklich saniert wird, dann ist damit im 25. Jahr der friedlichen Revolution von 1989 erneut deutlich, wie unvollendet diese Revolution war. Wir sind es den ermordeten und verfolgten Menschen schuldig, jeder Geschichtsfälschung entgegenzutreten, also sollten wir diese Sanierung verhindern und das Geld für die Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Verfügung stellen lassen.

Anton Odenthal



Foto: Deutsche Fotothek

Wilhelm Pieck 1950.

### Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr



Foto: A. Odenthal

Das Wilhelm-Pieck-Denkmal in Guben.

## Prostitution – ein Thema in der DDR

Die „Dokumentations- und Gedenkstätte in der U-Haft der Stasi“ in Rostock ist aufgrund ihrer Vergangenheit kein einladender Ort. An diesem 17. Juni 2014 hatten trotzdem viele Besucher den Weg hierher gefunden. Der letzte Stuhl war besetzt, viele Gäste mußten stehen. Doch das taten sie gern und ohne zu murren. Die Rostocker Außenstelle des BStU hatte die Promotionsstudentin Steffi Brüning für einen zeitgeschichtlichen Vortrag zum Thema „Rotlichtmilieu in Rostock – Prostitution in der DDR und die Stasi“ mit anschließendem Gespräch gewinnen können. Brüning, die längere Zeit in der Außenstelle zur Thematik ihrer Doktorarbeit recherchierte, verstand es spannend und fesselnd, zugleich aber locker und unverkrampft Geschichte lebendig werden zu lassen.

Mit der Änderung des Strafgesetzbuches der DDR im Jahre 1968 galten Prostituierte als asozial, offiziell war das „älteste Gewerbe der Welt“ damit verboten. Die DDR versuchte sich auch auf diesem Gebiet als der moralisch bessere Staat darzustellen, Prostitution war laut propagierter Ideologie als „Auswuchs des dekadenten Kapitalismus“ überwunden. Daß dem beileibe nicht so war, zeigte Steffi Brüning anhand

der Stadt Rostock auf. Insgesamt mindestens 100 Personen gingen von 1968 bis 1989 der Prostitution in Rostock nach. Die DDR vermied den Begriff Prostitution und verwendete statt dessen die sehr bürokratisch anmutende Formulierung „HwG-Person“ (Person mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr). Trotz des strafrechtlichen Verbots wurden Prostituierte meist nicht direkt an ihrer Tätigkeit gehindert. Kontrolle übte der Staat über andere Maßnahmen, die der „Umerziehung“ dienen sollten, aus. Dazu gehörten ständige Kontrollen auf Geschlechtskrankheiten und Aussprachen auf der Arbeitsstelle oder bei der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates der Stadt.

Für den insgesamt liberalen Umgang mit der Prostitution sieht Brüning als Ursache, daß es schwierig war, diese überhaupt nachzuweisen. Außerdem nutzte das MfS in Rostock einen Großteil der Prostituierten als Inoffizielle Mitarbeiter zur „Aufklärung“ ihres persönlichen Umfeldes. Es sollten „Republikfluchten“ und „Ausschleusungen“ verhindert werden, der Schwarzmarkt mit westlichen Gütern überwacht und Verlobungen mit dem Ziel der Ausreise verhindert werden. Interessant ist der Aspekt, daß es ne-

ben den „normalen Stadtprostituierten“ Frauen gab, die – besonders attraktiv und promisk lebend – auf „operativ interessante“ Ausländer insbesondere im Hotel „Neptun“ angesetzt wurden. Brüning bezeichnet diese Frauen als Pendant zu den männlichen „Liebes-Romeos“ der Stasi. Sie spielten eine unrühmliche Rolle in der alten Bundesrepublik beim „Abschöpfen von Informationen“ in Ministerien, Parteien, Organisationen usw., indem sie vermeintliche Liebesbeziehungen zu Mitarbeiterinnen eingingen. Zusammenfassend konstatierte die Doktorandin, daß es sich bei der Prostitution in der DDR um ein staatlich reglementiertes Milieu handelte. Die Frauen waren Repressionen ausgesetzt und mußten sich oftmals für eine Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichten.

Im Anschluß an den Vortrag wurde durch die Vielzahl der Fragen und die lebhaft Diskussions das starke Interesse der Besucher an dem Thema des Abends deutlich. Die Veranstaltung hatte ihren Zweck hervorragend erfüllt. Zeitgeschichte wurde auf populäre Art dargestellt, die Zuhörer erhielten auf unterhaltsame Weise neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu einem Bereich der DDR-Forschung und zur Aufarbeitung der Diktatur vermittelt.

Jörg Plath

## Gespräche und Geschichte

### Treffen des Süddeutschen Freundeskreises Hoheneckerinnen

Am 12. Juli trafen sich wohlgelaunt bei sonnigem Wetter 15 Frauen, einige hatten ihren Partner mitgebracht, die alle in politischer Haft in der DDR im Frauenzuchthaus Hoheneck waren. Dieses Treffen des Süddeutschen Freundeskreises Hoheneckerinnen fand in Stuttgart statt, im Haus der Geschichte Baden-Württemberg im Restaurant „Tempus“. Zu zwanglosen informativen Gesprächen waren zwei „neue“ ehemalige Hoheneckerinnen dazugekommen, die seit vielen Jahren im Südwesten leben. Das Besondere an diesem Treffen war, daß die beiden neu hinzugekommenen Frauen drei ehemalige Haftkameradinnen aus Hoheneck erstmals nach über 35 Jahren wiedersahen. So gab es neben der Wiedersehensfreude viel zu erzählen, über das gemeinsam Erlebte und die Zeit davor und danach.

Neben den Gesprächen nahmen wir an einer guten Führung durch die Landesausstellung „100 Jahre 1. Weltkrieg“ mit

dem Titel „Fastnacht der Hölle“ in einem hochmodernen Ausstellungsraum teil. Nicht mehr Eiserne Kreuze werden dort gezeigt, sondern Abbildungen von Blut

und Verwundungen und eine Vielzahl an Prothesen. Wie wenig Technik es damals gab mit Morsegerät und Stöpseltelefon! Aber einen mühseligen Stellungskrieg im Schützengraben und Giftgas gab es, sowie eine Mangelwirtschaft in der Heimat mit Kälte und viel Erfindungsreichtum, um Ersatz zu schaffen. Man konnte den



Die Teilnehmer des Treffens am 12. Juli in Stuttgart.

Krieg hören, sehen, fühlen und sogar schmecken. Ein Stuttgarter Bäckermeister hat den „Zwieback“, der als Verpflegung der Truppe diente, anlässlich dieser Ausstellung nach einem überlieferten Rezept wieder hergestellt. Primitivität und angehende Hochtechnologie lagen dicht beieinander. „Fastnacht der Hölle“ – eine Ausstellung für alle Sinne des Körpers. Nun gab es noch mehr Gesprächsstoff.

Ein Thema der Frauen war die Ausstellung „Der dunkle Ort“ – 25 Schicksale aus dem DDR-Frauenzuchthaus Hoheneck, eine Wanderausstellung der Heinrich-Böll-Stiftung. An drei verschiedenen Orten konnte man sie betrachten, in Koblenz, in Maintal-Hessen und zuletzt in Hof, wo sie wegen großen Interesses um eine Woche in die Verlängerung ging. Elke Schlegel, ehemalige Hoheneckerin, holte die Ausstellung mit viel Engagement ins Forum Confluentes nach Koblenz, das Brüder-Schönfeld-Forum ins schöne Maintal und

nach einem Jahr lang Mühe schaffte es das langjährige Mitglied des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen, Heidemarie Winkler, endlich, die Ausstellung auch nach Hof zu holen. Dazu gehörten Zeitzeugengespräche mit Ute Steinhäuser, Helga Müller und Heidemarie Winkler in einem Hofer Gymnasium und der Hofer Frauengruppe. Feierlicher Höhepunkt der Ausstellungseröffnung war das Grußwort des Landrats Dr. Bär, der besonders auf die Bedeutung der Ausstellung mit Zeitzeugen und als Engagement gegen das Vergessen hinwies. Konstanze Helber, 2. Vorsitzende des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V., sprach zur Einführung über das ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck. Achtzehn der fünfundzwanzig in Porträts und Interviews von Fotograf Dirk von Nayhauß und Autorin Maggi Riepl in der Ausstellung und im Buch „Der dunkle Ort“ Dargestellten sind Mitglieder des Vereins Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen. Am Ran-

de des Jahrestreffens 2011 des Frauenkreises in Stollberg-Hoheneck entstanden die Texte zu den Einzelschicksalen und brillante Fotos der Frauen, die sie stark, reserviert, manchmal abwesend in Gedanken und wieder selbstbewußt, nachdenklich oder extrovertiert zeigen. Das Ergebnis ist eine nun schon bundesweit zu sehen gewesene, bemerkenswerte Wanderausstellung, die viele nachhaltige Eindrücke hinterläßt. Möge sie noch an vielen Orten gezeigt werden. Alle Begleitveranstaltungen waren gelungen und sind ein guter Beitrag zur Aufarbeitung des Geschehenen.

Die ehemaligen Hoheneckerinnen im Südwesten treffen sich regional in bestimmten Abständen – das nächste Mal zum Jahresende wieder in Stuttgart. Kontakt kann mit Konstanze Helber aufgenommen werden unter [helber54@aol.com](mailto:helber54@aol.com).

Ute Steinhäuser, Konstanze Helber

## Gedenkfeier 2015 in Tost

### Vorbereitungen für Gedenkfahrt nach Tost sind angelaufen

Kürzlich traf ich mich in Hamburg mit der Vorsitzenden der Deutschen Minderheit, Dorothea Matheja und ihrem Mann Michael, zu einem ganztägigen „Brainstorming“ für die **Gedenkfeier am 16. Mai 2015**. 70 Jahre davor wurde der

2. Weltkrieg durch Kapitulation beendet, und zwar erst, nachdem die Rote Armee bereits einen großen Teil Deutschlands eingenommen hatte. Sofort wurden Nazi-KZ in NKWD-KZ umgewandelt und in ein unendliches GULag-Reich eingegliedert,

das sich über Sibirien hinaus bis Kolyma erstreckte, wohin deutsche Zivilisten zur Zwangsarbeit geschickt wurden. So auch 4500 Männer, Frauen und Jugendliche nach Tost in Oberschlesien.

In den 90er Jahren bekam ich vom Suchdienst des Roten Kreuzes die russischen Transportlisten mit Namen von 3700 Häftlingen, die im Sommer vom Zuchthaus Bautzen wegen Überfüllung nach Tost ausgelagert wurden – Männer, Frauen und Jugendliche. An die 1000 Schlesier saßen hier bereits ein. Mit diesen Angaben, die ich zurückübersetzte, sowie einer Sterbeliste begann ich die Erstellung meiner Datenbank. So fand ich auch meinen Vater – Hans-Werner Rasmussen aus Hainichen, der bereits im September 1945 verstorben war, was ich bis dahin nur geahnt hatte.

Inzwischen melden sich oft Enkel und Ur-enkel, die auf Omas Dachboden Unterlagen über einen Angehörigen gefunden haben, über den man in der DDR besser schwieg, bis über 1990 hinaus. Mit Hilfe dieser Angaben kann ich häufig bislang fehlende Personendaten in der Datenbank ergänzen. Und erfreulicherweise ist das Interesse der zweiten und dritten Generation so groß, daß z.B. bei der letzten Fahrt gleich sieben Personen einer Familie mit nach Tost führen. Auch für 2015 haben sich schon einige angemeldet.

Die vielen Toten wurden von Jugendlichen vom Gefängnis vor die Stadt ge-

## Vor 70 Jahren deportiert



Anfang der 2000er Jahre errichtete der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Standortfriedhof Lilienthalstraße in Berlin-Kreuzberg (Hasenheide) den Gedenkstein „Gegen Krieg und Gewalt“, mit dem an die Opfer von Vertreibung, Verschleppung, Vergewaltigung und Zwangsarbeit erinnert wird. Im Juni 2014 besuchten Gisela Strauß (l.) und Lea Kubale (r.), die selbst vor fast 70 Jahren als Jugendliche zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert worden waren, gemeinsam mit UOKG-Mitarbeiterin Anna Michels-Boger diesen Gedenkstein.

kart und unwürdig in einer Kiesgrube verscharrt, an die 3000. Die Stelle wurde mir 1993 von einigen dieser ehemaligen Jugendlichen gezeigt. Inzwischen war Gras über die Stelle gewachsen, und so versammelten wir uns bei unseren Besuchern immer zu einem Gedenken um diese Wiese.

2010 wurde das Gelände verkauft, und seither befinden sich hier riesige Kohlenberge. Diese Kohle kommt per Eisenbahn aus Sibirien, und bevor sie weiter zur Verstromung nach Opoln transportiert werden kann, müssen Fremdkörper herausgeklaubt werden; darum diese Lagerstätte. Aber Kohlen auf Toten? Damit konnte ich mich nicht abfinden und kontaktierte den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Volksbund unternahm im Sommer 2012 Probegrabungen, die leider zu keinem befriedigenden Resultat führten. Nun sucht der Enkel eines unter den Kohlen begrabenen Oberschlesiers, der in seinem Erstberuf Archäologe war, vor Ort und mit Hilfe Ortskundiger nach der genauen Lage der Massengräber. Möglicherweise befinden sich die Massengräber sogar ganz dicht an unserer Gedenkstätte, erfuhr ich gerade. Fortsetzung folgt – sobald die Untersuchungen plausible Ergebnisse gebracht haben. Die Kriegsgräberfürsorge hat angeboten, sich dann erneut einzubringen, was wahrscheinlich nicht vor 2015 sein wird, weil erst wieder Anträge gestellt werden



Das ehemalige sogenannte Lazarett, in dem ein großer Teil der ins Lager Tost Deportierten starb.

müssen. Nicht nur in Deutschland gibt es Bürokratie.

Für die Fahrt nach Tost am 16.5.2015 ist der Bus bestellt, das Mittagessen wird wieder in der schönen Eichendorff-Burg in Tost serviert, und Sabine Olbrich möchte uns in der Kirche mit ihrem zu Herzen gehenden Avemaria erfreuen. Weitere Vorschläge für die Programmgestaltung nehme ich gern entgegen, willkommen wäre auch die Unterstützung meiner Arbeit, die ich seit fast 25 Jahren allein bewältige. Da Tost sich in Polen befindet und Toszek heißt, wurden Anträge auf Fördergelder bislang abgelehnt, weil

diese außerhalb Deutschlands nicht gewährt werden können. Aber ein schönes Programm ist nicht umsonst, so auch nicht die Pflege unserer Gedenkstätte in Tost, um die sich liebevoll unsere dortigen Freunde kümmern. Deshalb würde ich mich über Spenden sehr freuen:

Sybille Krägel – Lager Tost  
Commerzbank Hamburg  
Konto 368 908 006  
BLZ 200 400 00 oder  
IBAN DE56 2004 0000 0368 9080 06  
Verwendungszweck „Tostfahrt 2015“

Sybille Krägel

## Schlössertour 2014: „Schloß Hoheneck“ – das ehemalige Frauenzuchthaus öffnet sein Tor

Die diesjährige Schlössertour der „Freien Presse“ am 20. Juli 2014 begann mit der Besichtigung des „Schlosses Hoheneck“, dem einstigen DDR-Frauenzuchthaus. Im Rahmen dieser Tour wurden das Tor und die Türen weit geöffnet und den Besuchern die Möglichkeit gegeben, sich am historischen Ort zu informieren und mit seiner Geschichte zu beschäftigen. Schon eine Stunde vor Eröffnung der Tour und der Öffnung des Tores bildete sich eine große Besucherschlange entlang der Straße, und das bei absehbar hohen Temperaturen um die 30 Grad. Viele Besucher wollten hinter die Mauern des Gefängnisses und in die Zellen schauen.

Ein gut organisiertes Programm sorgte dafür, daß dem Besucheransturm standgehalten werden konnte. Aus Sicher-

heitsgründen waren die Kurzführungen parallel nur mit bis zu drei Gruppen von je 45 Personen möglich. Begleitet wurden die Führungen auch von Zeitzeugen, für die Besucher natürlich ein besonderes Erlebnis zu hören, wie es wirklich war in diesem Gefängnis. Die Führung begann mit einem kleinen Überblick über die Geschichte. Dann gingen die Besucher durch die Zellen, durch Aufnahmezellen, Arrestzellen, Dunkelzellen, weiter in den ersten oberen Stock des Zellenhauses. Dort besichtigten sie eine Zelle, die mit bis zu 48 Frauen belegt war, weiter ging es zu Duschräumen, dann hinunter in den Keller zur Dunkel- und Wasserzelle. Zusammen mit Frau Seibold und Herrn Donat, die diese Führungen hervorragend leiteten, konnte ich ergänzend über meine Erlebnisse



Trotz hoher Temperaturen großes Interesse am ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck.



in Hoheneck berichten. Als ehemalige Insassin von 1977 bis 1979 ist es eine besondere Erfahrung, das Interesse und die Fassungslosigkeit der Besucher über das Geschehene zu erleben.

Anschließend konnte man im ehemaligen Kinosaal von den Zeitzeuginnen Annemarie Krause, Rosel Werl und mir, moderiert von Zeitzeugin Edda Schönerherz, Erlebnisse aus der Haftzeit in Hoheneck hören. Und es waren viele Menschen, die sich informieren wollten. Sie alle stiegen die steile Turmtreppe zum Kinosaal hinauf und erfuhren nun, wie wir in das Frauenzuchthaus gekommen waren, worin unser „Verbrechen“ bestand, wie der Haftalltag in Hoheneck,

wie die medizinische Versorgung und die unmenschlichen Haftbedingungen aussahen, wie wir der Willkür und Demütigung ausgeliefert waren, wie die unerträgliche Sehnsucht nach Familie und Freiheit zum Durchhalten zwang. Schließlich kam der Freikauf in den Westen über den „Kaßberg“, das „Freikaufgefängnis“. Still war es im Saal, als wir von unseren Schicksalen erzählten, und beeindruckend, wie die Fragen erst zögerlich, dann mutig gestellt wurden. Wir bemühten uns, sensibel, aber klar, alle Fragen zu beantworten. Manche Frau unter den Besuchern war erschüttert, bedankte sich mit einem Händedruck und verborgenen Tränen. Viele hätten gern noch mehr erfahren, sie wollen

wiederkommen zu einer langen Führung durch das Gefängnis.

So beängstigend die Eindrücke auch waren, so nachhaltig sind sie. Fanden doch 2000 Besucher einen guten Zugang zur Geschichte des Frauenzuchthaus Hoheneck, dem „Schloß Hoheneck“, dank dieser Schössertour der „Freien Presse“; nicht zu vergessen den Förderverein Gedenkstätte Stollberg, der diesen Tag mit vielen freiwilligen Helfern gelingen lies und als großer Erfolg für beste Vereinsarbeit zu werten ist. Der Errichtung der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck tut so eine Veranstaltung gut. Möge es noch viele geben.

Konstanze Helber

## „Klagewand“ der Vermißten

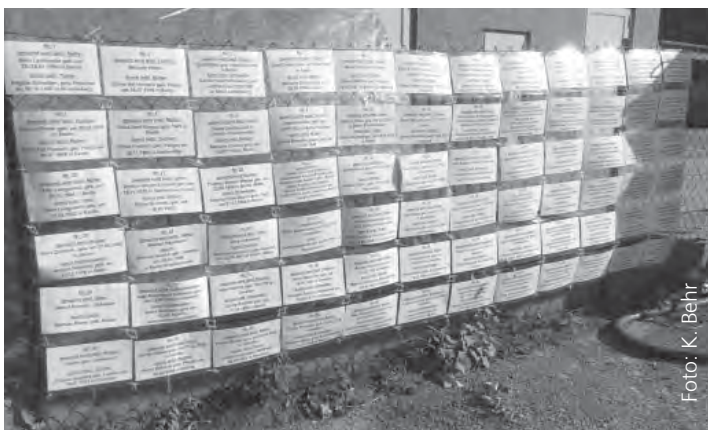


Foto: K. Behr

Verzweifelte Suche nach den Angehörigen.

Viele tausend Menschen betraten während des 15-tägigen Freiheits- und Demokratiefestes das Gelände des ehemaligen Zuchthaus Cottbus, um u.a. eine der sieben Aufführungen der Freiheitsoper „Fidelio“ von Ludwig van Beethoven zu sehen.

Der Veranstalter, das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., ermöglichte der UOKG-Beratungsstelle für DDR-Zwangsadoptionen sowie dem Mitgliedsverband OvZ-DDR e.V. (Hilfe für die Opfer von DDR-Zwangsadoptionen), auf das sehr spezielle Thema Zwangsadoptionen in der DDR aufmerksam zu machen, welches immer noch, bis heute, von der Politik ignoriert wird.

Wir haben diese Chance genutzt, und dank vieler Helfer entstand eine „Klagewand“ mit auszugsweise ausgedruckten und laminierten Online-Anzeigen zur Suche nach vermißten Menschen, bei denen der Verdacht einer erfolgten Zwangsadoption besteht. Alle gezeigten

Suchanzeigen sind auf dem Internetportal [www.zwangsadoptierte-kinder.de](http://www.zwangsadoptierte-kinder.de) nachzulesen.

Zu jeder der sieben Fidelio-Aufführungen kamen über tausend Gäste, und alle mußten den gleichen Weg durch das große Tor und über die breite Auffahrt nehmen, um zur Bühne im Innenhof zu gelangen. Wie ein Sog zog es die Besucher an den linksseitigen Maschendrahtzaun,

an dem 319 unserer Suchanzeigen und zusätzlich Protestschilder angebracht waren. Die Gefühle der Betrachter schienen eine große Bandbreite zu umfassen. Das reichte von fassungslos, geschockt, traurig, um Worte ringend, Tränen wegwischend bis hin zur Wut, weil das Thema nach fast 25 Jahre Mauerfall immer noch nicht aufgearbeitet ist und all die Suchenden schon so lange ihre Angehörigen vermissen. Nur die Zahl 319 auf ein Protestplakat geschrieben, hätte niemals die Wirkung all dieser konkreten einzelnen Fälle gehabt.

Katrin Behr

## Tod in der Elbe



Foto: Michael M. Schulz

Gedenkstunde an der Gedenkstätte für das Grenzopfer Hans-Georg Lemme am 20.8.2014. Hier die Mutter Lemmes mit einem Schulfreund ihres Sohnes am Rande der Veranstaltung. Der 21-Jährige Hans Georg war am 19. August 1974 bei seinem Versuch, nahe Lütkenwisch über die Elbe nach Niedersachsen zu schwimmen, von einem DDR-Grenzsicherungsboot überfahren worden und ertrank.

## „Ich schweige nicht“

(sw) Von zahlreichen Rundfunkanstalten zur Sendung gebracht (z.B. D-Radio, BBC London, Radio Washington DC), wurde die ungewöhnliche Musik des Komponisten H. Johannes Wallmann von Millionen Menschen gehört und von Rezensenten hoch gelobt. Auch in Wallmanns neuem Werk, das Texte von Jürgen Fuchs vertont, der ein besonders mutiger Schriftsteller und DDR-Oppositioneller war, sind die Instrumentalisten im Raum um das Publikum verteilt. Es entstehen spannende Raumklang-Situationen, wie sie nur selten zu hören sind. Ein großer

Bogen wird auch mit den Texten geschlagen, die vom Mut zur Freiheit sprechen und bis hin zu Edward Snowden reichen. Sie werden gesungen, gesprochen, geraunt, geflüstert – begleitet von den vier Saxophonen sowie ungewöhnlichen Percussions-Instrumenten. Dazu werden hochinteressante und unbekannte Fotos von Harald Hauswald projiziert. Das Projekt – anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls – wird von der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. veranstaltet und gefördert durch die Kulturstiftung des Bundes sowie den Freistaat Thüringen.

Jürgen-Fuchs-Zyklus

### Ich schweige nicht

Für Sopran, Bariton, Saxophonquartett, Percussion

Musik im Raum von H. Johannes Wallmann mit Texten von Jürgen Fuchs bis Edward Snowden und Fotoprojektionen von Harald Hauswald

Ringuraufführung/Symposien 2014-2015 in Berlin, Leipzig, Jena, Dresden, Hamburg und Bern

**3. Oktober 2014**, Gethsemanekirche, Stargarder Str. 77, 10437 Berlin

21 Uhr Konzert, 20 Uhr Einführung

Eintritt 12 Euro, ermäßigt 6 Euro

## Vergessene DDR-Opfergruppen fordern ihre Aufnahme in die Rehabilitierungsgesetze

Wir wollen demonstrieren unter dem Motto „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Rechte klaut!“ Wieder und wieder werden wir gemeinsam darauf aufmerksam machen, daß es uns immer noch gibt (Heimkinder, Betroffene von Zwangsadoptionen, verfolgte Schüler, Zwangsausgesiedelte und viele andere Gruppen ehemaliger Verfolgter), doch wir bisher bei den bestehenden Rehabilitierungsgesetzen nicht beachtet wur-

den. Statt dessen mußten wir Jahr für Jahr, Monat für Monat, Tag für Tag mit den Auswirkungen unserer Traumata leben.

Demonstration „Vergessene Opfergruppen fordern ihre Aufnahme in die Rehabilitierungsgesetze!“

Am Sonnabend, **4.10.2014**,  
12.00 bis 15.00 Uhr

12.00 Uhr Treffpunkt zur Demo an der Weltzeituhr, Alexanderplatz, Berlin-Mitte

13.00 Uhr Kundgebung an der Weltzeituhr

Eine Veranstaltung d. OvZ-DDR e.V. und der UOKG

Katrin Behr, Andreas Laake


## Sonderausstellung Friedliche Revolution

(bkl) Anlässlich des Jubiläums 25 Jahre Friedliche Revolution präsentiert die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker in Kooperation mit der Ökumenischen Flughafenseelsorge des Flughafens Leipzig-Halle ihre Wanderausstellung „Orte der Friedlichen Revolution“ im Zentralterminal des Flughafens Leipzig-Halle. Die Ausstellung ist rund um die Uhr geöffnet und bis Ende November 2014 zu sehen, der Eintritt ist frei.

Sie stellt 20 Schauplätze des demokratischen Aufbruchs 1989/90 in Leipzig vor, an denen bedeutende Aktionen stattfanden, die zum Sturz der SED-Diktatur beitrugen. Die Ausstellung erinnert an die Kraft der demokratischen Idee, die


den Bürgern zur Selbstbefreiung von der Diktatur verhalf. Nicht nur die bekanntesten Ereignisse, wie die entscheidende Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989, die Besetzung der Stasi-Zentrale oder die erste freie Volkskammerwahl am 18. März 1990, werden präsentiert. Auch über kleinere, aber deshalb nicht unbedeutendere Aktionen der Opposition wird informiert. Hierzu zählen der Pleißerpilgerweg oder das Straßenmusikfestival. Der Stadt-Kirchentag, welcher Leipzig drei Tage zum Zentrum der Opposition machte, wird ebenso gezeigt, wie die Formierung der Opposition am Beispiel des Neuen Forums.

Die Besucher der Ausstellung erfahren, wie und wo in Leipzig eine kontinuierliche Op-

position, getragen von unterschiedlich motivierten Gruppen und Personen, existierte und wie erfolgreich diese war. Die Stadt steht damit beispielhaft für andere Orte, in denen sich ebenfalls Widerstand gegen die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen oder ökologischen Rahmenbedingungen regte. Die Ausstellung verweist außerdem auf die gleichnamige ständige Ausstellung im Leipziger Stadtraum. Stelen markieren dort die Originalschauplätze der Friedlichen Revolution. Mit der Wanderausstellung „Orte der Friedlichen Revolution“ will das Bürgerkomitee Leipzig e.V. über ein zentrales Kapitel der deutschen Geschichte sowie die besondere Rolle Leipzigs informieren und gleichzeitig zu einem Besuch der historischen Plätze in der Stadt anregen. 

## GULag – Spuren und Zeugnisse

Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in MV präsentiert bis zum 24. Oktober 2014 im Marstall in Schwerin die Ausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 – 1956“. Sie zeigt Spuren und Zeugnisse des sowjetischen Lager-systems, die von der Menschenrechtsor-

ganisation „Memorial“ seit den 1980er Jahren aus der gesamten ehemaligen Sowjetunion zusammengetragen wurden. Marstall Schwerin, Werderstr. 120, 19055 Schwerin, geöffnet täglich von 10 bis 18 Uhr, Führungen täglich 14 Uhr, Eintritt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro, bis 18 Jahre frei. 

### Suchanzeige

#### Dem Castro-Regime entkommen

Welcher Regisseur oder Filmproduzent hat Interesse, einen Film über das Leben eines der bekanntesten kubanischen Saxophonisten, Juan de Dios, zu drehen? Er wurde von Fidel Castro brutal gefoltert und konnte später fliehen. Er lebt in Deutschland, seine Heimat wird er niemals wiedersehen. Sabine Christiansen interessierte sich bereits dafür. Kontakt über: Monika Bandera, Tel. (0211) 99 44 977, [www.monika-bandera.de](http://www.monika-bandera.de)

## Abschied von Wolfgang Leonhard

Wolfgang Leonhard bin ich mehrmals begegnet in meinem Leben. Zuerst im Dezember 1965, als er in Mainz einen Vortrag gehalten hatte und ich ihn anschließend eine Stunde lang mit Mikrofon und Tonbandgerät interviewen durfte. Schon damals war ich erstaunt, daß er mich unbekanntem Studenten, der im Jahr zuvor aus dem Zuchthaus Waldheim entlassen worden war, überhaupt empfing und auf Augenhöhe mit mir sprach. Sein opus magnum „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (1955) habe ich mindestens zweimal gelesen, nach der Haft mit verstärktem Interesse.

Fünf Jahre später, 1970, traf ich ihn wieder: Ich studierte noch in Mainz, er hatte eine Gastprofessur zum Thema Marxismus-Leninismus und hielt, von aggressiven DKP-Studenten umgeben, ein Seminar ab, wo er aus seinem reichen, in der Sowjetunion erworbenen Wissensfundus schöpfte. Damals gab es einen Streit in der Universitätsverwaltung: Auf Einspruch einiger engstirniger Professoren durfte er nicht im Gästehaus der Universität übernachten, weil er weder promoviert noch habilitiert war. Meine jüngste Schwester Martina saß in seinem Seminar und begleitete ihn danach ins „Keglerheim“, wo er wohnte.

Einmal hielt er einen Vortrag im überfüllten Auditorium Maximum, wohin die Mainzer DKP ihre Spitzenleute entsandt hatte, um ihn, den „Verräter“ am Sozialismus, nieder zu diskutieren. Der DKP-Vorsitzende nannte ihn einen „Lumpen“, eine DKP-Genossin, die nach dem KPD-Verbot 1956 im Gefängnis gesessen hatte, war noch nachträglich darüber erbost, daß man ihr, der überzeugten Kommunistin, in der Untersuchungshaft das Buch des „Renegaten“ Wolfgang Leonhard in die Zelle gegeben hatte.

Im Herbst 1977, ich war damals Redakteur der WELT in Bonn, traf ich ihn in Recklinghausen auf der Tagung „Was ist heute links?“, wo auch Rudi Dutschke (1940–1979) auftauchte. Und im Herbst 1985 hielt er in Freudenberg/Siegerland ein Referat auf der SPD-Veranstaltung zum 40. Jahrestag der SED-Gründung im April 1946. Er stand am Podium und warnte eindringlich die Sozialdemokraten, die sich damals intensiv für innerdeutsche Entspannung einsetzten, davor, den Verlockungen der aus Ostberlin anreisenden Kommunisten zu erliegen. Beim Abendessen traf ich ihn wieder, wir unterhielten uns, plötzlich schlug er mir auf die Schulter und sagte: „Hatten Sie nicht eine Schwester?“

Zum letzten Mal sah ich ihn im Spätsommer 1991 auf der Leipziger Buchmesse, wo er auf einer öffentlichen Diskussion auftrat. Wir freuten uns beide, uns hier in Leipzig, vom Kommunismus befreit, wiederzusehen. Ich erzählte ihm, daß ich gerade aus Guayaquil/Ecuador zurückgekommen wäre, wo ich das Ex-Politbüromitglied Konrad Naumann getroffen hätte, das dort nach dem Mauerfall von 1989 im Exil lebte.

Von Gerhard Zwerenz (1925), der im Sommer 1957 aus Leipzig geflohen ist und heute im Taunus lebt, gibt es eine Erzählung im Band „Heldengedenktage“ (1964) über die aus der DDR geflohenen Ex-Kommunisten, die sich vor dem Mauerbau 1961 in Kasbach/Linz am Rhein zu politischen Diskussionen trafen. Der Dichter Peter Jokostra (1912–2007) gehörte dazu, der Arzt Joseph Scholmer (1913–1995), der fünf Jahre im Lager Workuta am Eismeer gewesen war und darüber das Buch „Die Toten kehren zurück“ (1954) geschrieben hatte, die Redakteure Carola Stern (1925–2006) mit ihrer Ulbricht-Biographie (1964), Heinz Zöger (1915–2000) und Manfred Hertwig (1924). Alle trugen sie Tarnnamen, wenn sie, heftig diskutierend, am Rheinufer entlangliefen. Ich kannte sie alle, einer von ihnen war Wolodja Leonardoff.

Jörg Bernhard Bilke

### Leserbriefe

## KGB ganz okay?

Am 17. August habe ich nach der Ankündigung im „Stacheldraht“ an einer Führung durch das frühere sowjetische Geheimdienst-Städtchen Potsdam teilgenommen. Allerdings nur drei Minuten lang. Die Führung begann im Gefängnis-Freiganghof der Gedenkstätte Leistikowstraße 1. Dort informierte eine hübsche, aber absolut nicht informierte Studentin darüber, was für Menschen in diesem Horror-Knast eingesperrt waren: „Spione, Verräter, Nazis“.

Sie sagte nicht etwa „angebliche Spione usw.“, auch nicht „zum Teil Spione usw.“. Für die junge Dame ist es also klar, daß die Untaten der Folterer und Mörder vom NKWD und KGB eigentlich okay waren. Als ehemaliger Potsdamer Stasi-Häftling habe ich am gleichen Tag durch eine E-Mail widersprochen und den Leuten in der Leistikowstraße nahegelegt, die Gedenkplatte von Memorial an der Außenwand des Gefängnisses am besten abzunehmen. Antwort habe ich bis heute nicht erhalten.

Andreas Möller, Arnstadt

## Lenin lebt in vielen Köpfen

In Ergänzung zu Anton Odenthals Bericht „Lenin lebt in Schwerin“ (Ausg. 6/2014) wäre folgendes zu bemerken: Die Aktion am 17. Juni 2014 hat zumindest eine öffentliche Debatte ausgelöst. Nur diese gestaltet sich in der linkslastigen Schweriner Volkszeitung schwierig. Meine Beiträge wurden z.B. sinnentstellend oder gar nicht wiedergegeben. Die Verherrlichung Lenins steckt noch in vielen Köpfen. Was den zuständigen evangelischen Bischof angeht, vermisste ich in diesem Fall die aufrechte Haltung einer bekennenden Kirche. Das opportunistische Verhalten lokaler CDU- und SPD-Vertreter ist schlicht unwürdig. Die SPD hat offenbar ihre mehr als 30 000 Opfer der KPD/SPD-Zwangsvereinigung vergessen. „Sozialdemokratismus“ war lebensgefährlich in der DDR.

Dr. Karl-H. Ebel, Schwerin

## Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

## Veranstaltungen

1.10. (Mi), 18.00 Uhr:

**Verlorene Jugend in der DDR.** Wie die Stasi „Andersdenkende“ schikanierte, Lesung u. Gespräch mit Gisela Rein, Zeitzeugin u. Autorin, Claus Irmscher, Schriftsteller; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Stadtbibliothek Meerane, August-Bebel-Str. 49, 08393 Meerane

1.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**Der heiße Oktober 1989.** Dresden – Berlin – Leipzig, mit Dr. Marc-Dietrich Ohse, Historiker, Dr. Klaus Bästlein, Historiker u. Jurist, Frank Ebert, 1989 DDR-Oppositioneller, Werner Förster, VP-Oberst u. 1989 stellv. Polizeipräsident in Berlin, u. Stefan Müller, 1989 „zugeführter“ DDR-Oppositioneller; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, Berlin-Mitte

1.10. (Mi), 19.30 Uhr:

**Aktion „Zug“.** Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof, Vortrag v. Konrad Felber, BStU; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung und Forschung, u.a.; Ort: Bayernkolleg Schweinfurt, Staatliches Institut zur Erlangung der Hochschulreife, Florian-Geyer-Str. 13, 97421 Schweinfurt

1.10. (Mi), 20.00 Uhr:

**Schwer erklärbare Finsternis.** Anna Seghers und die Staatssicherheit, Lesung und Gespräch mit Steffi Böttger, Schauspieler; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Buchhandlung Peterknecht, Anger 28, 99084 Erfurt

3.10. (Fr), 14.00–21.00 Uhr:

Bürgerberatung und Vortrag **„Brände und Havarien im Kreis Bad Salzungen. ‚Sabotage‘ aus Sicht der Stasi“**; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Diakonie Bad Salzungen, Friedrich-Engels-Str. 2–4, 36433 Bad Salzungen

4.10. (Sa), 12.00–15.00 Uhr:

**„Vergessene Opfergruppen fordern ihre Aufnahme in die Rehabilitierungsgesetze!“**; 12.00 Uhr Demonstration ab Weltzeituhr, Alexanderplatz 1, Berlin-Mitte; 13.00 Uhr: Kundgebung an der Weltzeituhr; Veranstaltung d. OvZ-DDR e.V. u.d. UOKG

7.10. (Di), 17.00 Uhr:

**„Erster Flashmob: An jedem 7. eines Monats auf'm Alex“**, Erzählalon; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Berlin-Alexanderplatz, Weltzeituhr

7.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Rendezvous mit dem Klassenfeind.** Die DDR-Bürger und ihre Sehnsucht nach dem Westen, in der Reihe Erinnerungs-ort DDR; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

## Genossen, wir müssen alles wissen!

(VT) Als DDR-Bürger im Dezember 1989 die Dienststellen der Staatssicherheit besetzten, ahnte niemand, daß sich in deren Archiven trotz massiver Vernichtung weit über hundert Regalkilometer Akten befanden. Die Dokumente legen Zeugnis ab von tausendfachem Verrat, von Unterdrückung, Ausbeutung und Betrug, vom ganzen Spektrum menschlicher Unzulänglichkeit, Bosheit, Tücke und Herzlosigkeit. Sie belegen aber auch, daß Menschen während vierzig Jahren Diktatur mindestens ebenso häufig dem Bösen widerstanden und sogar aufbegehrten.

„Genossen, wir müssen alles wissen!“, hatte Minister Erich Mielke seinen Mitarbeitern einst befohlen. Und die erfüllten seinen Auftrag akribisch. Der vorliegende

Band versammelt eine Auswahl zusammengefügter Aktenreste aus dem Ministerium für Staatssicherheit. Zahlreiche Berichte sind beklemmend, manche mögen erheiternd sein, vieles ist eigentlich banal. Bei einigen Papieren glaubt man seinen Augen nicht zu trauen, anderes läßt das Blut in den Adern gefrieren. In der Summe entsteht aus der Prosa des verhaßten Repressionsapparates ein lebendiges, die Wirklichkeit der DDR facettenreich spiegelndes Lesebuch.



.....  
*Gudrun Weber, Thomas Auerbach: Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch, Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte 2014, 19,80 €*  
 .....

## Zielvorgabe Todesstrafe

(VT) Am 17. Juni 1953 kommt es in der ganzen DDR zu Protesten gegen das SED-Regime. Nur mit Hilfe seiner sowjetischen Verbündeten und deren Panzern kann der Volksaufstand niedergeschlagen werden. Es folgen Massenverhaftungen und Prozesse mit hohen Strafen. Und es gibt Todesopfer – unter ihnen die einzigen beiden von DDR-Gerichten zum Tode Verurteilten.

Einer ist der Arbeiter Ernst Jennrich (1911–1954), der in Magdeburg als Mörder eines Volkspolizisten verurteilt wird und in Dresden unter dem Fallbeil stirbt.

Marie Ollendorf zeigt in ihrer Untersuchung, daß Jennrich in der Verhandlung

nicht nur der Mord nicht nachgewiesen wird, sondern zudem, daß das politisch motivierte Todesurteil schon vor Prozeßbeginn feststeht. „Wir sind der Ansicht, daß bei Jennrich Todesstrafe angemessen ist“, teilt Justizministerin Hilde Benjamin der SED-Führung lapidar mit und läßt sich bei der Umsetzung ihres Plans auch vom Mord-Freispruch des Angeklagten im ersten Prozeß nicht beirren.

.....  
*Marie Ollendorf: Zielvorgabe Todesstrafe. Der Fall Jennrich, der 17. Juni 1953 und die Justizpraxis in der DDR, Mitteldeutscher Verlag 2013, Studienreihe der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt 1, 176 S., 19,95 €*  
 .....

## Die Ewiggestrigen

(VT) Das Ende der Deutschen Demokratischen Republik kam für Wissenschaftler und Bürger gleichermaßen überraschend. Der Umgang mit dem Zusammenbruch der DDR und dem sich anschließenden Transformationsprozeß brachte, je nach Lebensalter und Verbundenheit mit dem alten System, idealtypische Reaktionen auf das Neue hervor.

Das vorliegende Buch wendet sich vor diesem Hintergrund einer 1998 gegründeten kommunistischen Kleinzeitung zu, um auf einen Teil der alten Elite in

einem ihr „feindlich“ gesonnenen Umfeld zu schauen. Dabei steht die Feststellung im Raum, daß sich die Weltrevolution noch am besten entfalten läßt, wenn man durch den Klassenfeind alimentiert wird.



.....  
*Christian Nestler: Die Ewiggestrigen. Der „RotFuchs“ in seinem natürlichen Umfeld, mit einem Vorwort von Arnold Vaatz, B Verlag Medien (eszet-Verlag), Rostock 2014, 176 S., 15,- €*  
 .....

## Verhängnisvoll verstrickt

(VT) Als sich Richard Hesse 1984 in Halle das Leben nahm, glaubten die Nachlaßverwalter ihren Augen nicht zu trauen: Der jüdische Rechtsanwalt hatte das Ghetto Theresienstadt überlebt, war aber schon im Januar 1946 erneut im ehemaligen KZ Buchenwald, nun sowjetisches Speziallager Nr. 2, interniert und bei den berüchtigten „Waldheimer Prozessen“ von einem „Volksrichter“ zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Wie war das möglich und was war von dem Vorwurf zu halten, Hesse habe 100 Juden an die Gestapo verraten?



Nach Aussagen jüdischer Überlebender, die sie in den 1950er Jahren bei polizeilichen Vernehmungen machten, war es ein Mann namens Leo Hirsch, von dem sie sich verraten fühlten und dem sie zutrauten, Richard Hesse beim NKWD verleumdet zu haben. Beide Männer waren Funktionäre der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gewesen. Während Hesse sich für die Verfolgten einsetzte,

nutzte Hirsch seine Stellung zu persönlicher Bereicherung. Aber während SED-Mitglied Hirsch in der DDR Karriere machte, wurde Hesse erneut verfolgt.

Vor dem Leser entfalten sich die Lebenswege zweier Menschen, die unterschiedlich auf die Herausforderungen der Diktatur reagierten. Darüber hinaus dokumentiert das Buch die Zerstörung der jüdischen Gemeinde zu Halle, die sich in der DDR auf skandalöse Weise fortsetzte.

Und nicht zuletzt ist es die Geschichte einer Treue in guten wie in schlechten Zeiten. Die katholische Elisabeth Hesse folgte ihrem Mann ins „Judenhaus“, nahm Zwangsarbeit auf sich und wurde nicht müde, um seine Freilassung aus kommunistischer Haft zu kämpfen.

Die Berliner Publizistin Uta Franke hat i. A. des Vereins Zeit-Geschichte(n) die Quellen akribisch recherchiert und gemeinsam mit Heidi Bohley in Textform gebracht. Der Historiker Dr. Falco Werkentin hat die Besonderheiten des Waldheim-Prozesses gegen Richard Hesse herausgearbeitet und mit den Schicksalen weiterer, in Waldheim verurteilter Juden ergänzt. So ist ein Buch von nicht nur regionalgeschichtlicher Bedeutung entstanden.

Uta Franke, Heidi Bohley, Falco Werkentin: *Verhängnisvoll verstrickt. Richard Hesse und Leo Hirsch – zwei jüdische Funktionäre und ihre Lebenswege in zwei Diktaturen*, herausgegeben von Udo Grashoff, Edition Zeit-Geschichte(n) Band 5, Hasenverlag Halle 2014, 152 S., 15,- €

## Im Dienste dreier Diktaturen

(VT) Im Dezember 1992 wurde bekannt, daß der 1908 geborene langjährige Leiter der Beratungsstelle des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen (UfJ) im Notaufnahmelager Marienfelde für Flüchtlinge aus der DDR und mit dem Bundesverdienstkreuz geehrte Dr. Götz Schlicht von 1957 bis 1989 als IM „Dr. Lutter“ für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig war. Daraufhin wurde der Autor – selbst über viele Jahre als Nachrichtenoffizier der Amerikanischen Luftwaffe sowie als Führungsoffizier tätig und von 1980 bis 1990 in der Amerikanischen und Britischen Sichtungsstelle im Notaufnahmelager beschäftigt, zuletzt als deren Leiter – mit der Untersuchung zur Person und „Marienfelde im Visier der Stasi“ beauftragt.

Die umfangreichen und komplizierten Recherchen förderten Unglaubliches zu Tage und geben Aufschluß über die geheimdienstliche Tätigkeit in jüngster Vergan-

genheit und einen ihrer Protagonisten, der in verschiedenen Diktaturen spionierte. Anhand der akribisch recherchierten Biographie von Götz Schlicht entsteht ein sehr genaues Bild von den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, die sich aus der Teilung Deutschlands in der unmittelbaren Nachkriegszeit für die betroffenen Menschen ergeben haben. Anschaulich wird dabei das Verhältnis der Aktivitäten einerseits des sowjetischen Geheimdienstes KGB und andererseits des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und seiner Helfer herausgearbeitet, wobei sie sowohl gleiche, als durchaus auch verschiedene Ziele verfolgten, wie Komets-Chimirris Arbeit zeigt.

Arik K. Komets-Chimirri, geboren 1937 in Estland, studierte Internationale Beziehungen am San Francisco State College und deutsche Linguistik an der Georgetown University, Washington DC. Von 1972 bis 1976 war er Lektor Assistent

## Veranstaltungen

8.10. (Mi), 19.00 Uhr:

„Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte der SED-Führung“, Buchvorstellung und Diskussion; Veranstaltung d. Landeszentrale f. politische Bildung Berlin u.a.; Ort: Gethsemanekirche, Stargarder Str. 77, 10437 Berlin

9.10. (Do), 19.00 Uhr:

„Wege durch die Mauer. Fluchthilfe im Spiegel der Stasi-Akten, Vortrag v. Wolfgang Brunner, Fluchthelfer u. Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Rathaus Erfurt, Rathausaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

9.10. (Do), 19.00 Uhr:

Filmvorführung „Alarm im Zirkus“ in der Reihe „Zeitschnitt. Hineingeboren. Kindheit und Jugend in der DDR“; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg; Ort: Haus Lichtblick, Karl-Marx-Str. 2, 15324 Letschin

9.10. (Do), 21.00 Uhr:

Lichtfest 2014. Einblicke ins Stasi-Archiv, Führungen, Akten, Filmvorführungen, Antragstellung u. Ausstellungen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.10. (So), 13.00 Uhr:

Spuren des sowjetischen Geheimdienstes im „Militärstädtchen Nr. 7“ in Potsdam – Gefängnis Leistikowstraße, Kapelle im ehemaligen Kaiserin-Augusta-Stift und Villa Quandt, Sonderführung; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam; bitte anmelden unter: mail@gedenks-taette-leistikowstrasse.de

14.10. (Di), 19.30 Uhr:

Filmvorführung „Alarm im Zirkus“ in der Reihe „Zeitschnitt. Hineingeboren. Kindheit und Jugend in der DDR“; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg; Ort: Bunte Bühne Lübbenau, Güterbahnhofstr. 61, 03222 Lübbenau

14.10. (Di), 19.00 Uhr:

Überwacht im Schacht – Uranbergbau im Kalten Krieg, Ref. Dr. Gerhard Barkleit, Historiker; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

15.10. (Mi), 18.00 Uhr:

Mehrfachbelichtung. Spuren eines Ortes. Vortrag mit Führung durch die Sonderausstellung Stefan Pietryga, Bildhauer und Maler; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam



17.10. (Fr), 19.00 Uhr:

„**Im Namen des Herrn. Kirche, Pop und Sozialismus**“, Filmpräsentation, mit Konzert v. Stephan Krawczyk, Podiumsgespräch u.a.; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig; bitte anmelden unter [besucherdienst-leipzig@hdg.de](mailto:besucherdienst-leipzig@hdg.de) oder Tel. (0341) 22 20-400

28.10. (Di), 19.00 Uhr:

„**1989: Tagebuch der Friedlichen Revolution – 1. Januar bis 31. Dezember 1989**“, Vera Lengsfeld, DDR-Bürgerrechtlerin stellt zum 25jährigen Jubiläum ihr Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

29.10. (Mi), 18.00 Uhr:

„**Die SED in der Ära Honecker**“, Buchpräsentation mit Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Zeithistoriker, Autor Dr. Andreas Malycha u. Prof. Dr. Hermann Wentker, Historiker; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

29.10. (Mi), 18.00 Uhr:

**Geboren im GULag.** Dialog der Generationen, Helga und Helen Sereda und Konstantin Münch im Gespräch mit Karen Plate-Buchner, Berlin; Veranstaltung d. Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. Memorial Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

29.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**Vom heißen Oktober über die Großdemo auf dem Alex zum Fall der Mauer**, mit Stephan Hilsberg, 1989 Mitbegründer der SDP, Norbert Gansel, langjähriger Bundestagsabgeordneter und Oberbürgermeister, u. Dr. Hans-Jochen Vogel, Regierender Bürgermeister a.D., 1989 SPD-Bundesvorsitzender; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Rathaus Mitte, Robert-Havemann-Saal, Karl-Marx-Allee 31, Berlin-Mitte

2.11. (So), 11.00 Uhr:

Das Rad der Geschichte dreht sich – **Ziele und Hoffnungen am 4. November 1989**; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Deutsches Theater, Schumannstr. 13, 10117 Berlin

2.11. (So), 15.00 Uhr:

„**Alarm! Ein Strafgefangener brennt!**“ Der Fall Werner Greifendorf, Ref. Prof. Dr. Stefan Appellius; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

Professor für Deutsch an der United States Air Force Academy, Colorado Springs. Seit 1976 übte er verschiedene Funktionen als Offizier in Berlin aus, zuletzt als Leiter der Amerikanischen und Britischen



Sichtungsstelle im Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde. 1993 war er Gründungsmitglied des Vereins Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und 2001 Koautor der Broschüre „Escape to Freedom – The History of the Marienfelde Refugee Center Berlin“.

.....  
Arik K. Komets-Chimirri: *Götz Schlicht. Im Dienste dreier Diktaturen*, bebra wissenschaft Verlag, Berlin 2014, 288 S., 24,- €  
.....

## Operation Falsche Flagge

(VT) Der 1949 in West-Berlin gegründete und von der CIA finanzierte Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ) sollte sich der Aufdeckung rechtswidriger Verhältnisse in der DDR widmen. Aufgrund seiner Untersuchungen zur geheimdienstlichen Tätigkeit des

zahlreicher Akten und Dokumente analysiert der Autor Arik K. Komets-Chimirri in diesem Band die Tätigkeit des UfJ, die Methoden seiner Bekämpfung durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und seine systematische Unterwanderung durch den sowjetischen Geheimdienst KGB. Der Band ergänzt und vertieft die Ergebnisse des Buches „Götz Schlicht – im Dienste dreier Diktaturen“.



.....  
Arik K. Komets-Chimirri: *Operation Falsche Flagge. Wie der KGB den Westen unterwanderte*, bebra wissenschaft Verlag, Berlin 2014, 384 S., 32,- €  
.....

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Büniger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Lieselotte Karpinski am 3. Oktober, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin



## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail [kresse@uokg.de](mailto:kresse@uokg.de)

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail [schulze@uokg.de](mailto:schulze@uokg.de)

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 14-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail [behr@uokg.de](mailto:behr@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
Tel. (030) 57 79 92 01  
Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
E-Mail [Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de](mailto:Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de)

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)

Elke Weise, Juristin  
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander  
am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang  
Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am  
27. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die  
Geburtstag haben, gratuliert herzlich  
die Redaktion

**Herzlich danken wir allen, die für  
den STACHELDRAHT gespendet ha-  
ben**

Gerd Ahnert, Peter Bosse, Gerold von  
Busse, Rolf Göbel, Klaus Kruger, Heinz  
Lehmann, Dr. Rainer Löhnert, Lotte Oh-  
nezeit, Irmgard Pfeifer, Bodo Platt, Eike  
Christine Radewahn, Siegbert Schmolke,  
Lothar Scholz, Horst Schultz, Udo Schulz,  
Cornelia u. Dr. Hans-Joachim Springer,  
Siegfried Stoy, Kerstin Walther  
Stacheldraht-Konto:  
BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

**Das Zitat**  
Denken ist schwer,  
darum urteilen die meisten.  
Carl Gustav Jung

**Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.  
(BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

**Union der Opferverbände Kommunisti-  
scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Vorstandsbeauftragte:  
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

**Impressum DER STACHELDRAHT**

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)  
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,  
E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,  
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine  
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. September 2014

